# Lübecker Volksbote

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung**

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72. Donnerstag, den 25. März 1920. 27. Jahrg.


## Die Umbildung der Regierung.

Die Umbildung des Reichsministeriums geht nicht so leicht von statten, wie anfangs angenommen wurde. Zahlreiche Fragen tauchen auf. Grundsätzliche und persönliche Schwierigkeiten stellen sich einer raschen Entwickelung entgegen. Die mehr oder minder anerkannten Rechte der Gewerkschaften, an der Bildung des Kabinetts teilzunehmen, wirken auch nicht beschleunigend auf die Lösung der Krise, die immer dringlicher wird. Die Baltikumtruppen und die Marinebrigade Ehrhardt sind noch nicht entwaffnet. Sie drohen sich in Banden zu teilen und das Land unsicher zu machen, die Unruhe zu steigern und zu den bisherigen Schwierigkeiten neue hinzuzufügen.

Kann man auch noch nicht, selbst in großen Umrissen ein Bild des künftigen Kabinetts gewinnen, so muß man doch annehmen, daß die Personalveränderungen lange nicht so umfangreich sein werden, wie man anfänglich anzunehmen bereit war. Alle Minister, jedenfalls alle sozialdemokratischen, unterlagen in einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionen der Nationalversammlung und der Landesversammlung einer scharfen Kritik. Gegen manche wurde offen Sturm gelaufen, gegen andere geschah das weniger offen, aber doch auch recht deutlich.

Allgemein war der Wunsch der Partei, daß Otto Wels das Reichswehrministerium übernehmen sollte, aber nicht minder stark waren die Bedenken, daß man nicht zwei Monate vor dem Parteitag das aktivste und organisatorisch tatkräftigste Glied dem Parteivorstand nehmen dürfe. Zuletzt behielt Wels recht, der das Reichswehrministerium abgelehnt hatte, weil er Vorsitzender der Partei bleiben wolle. In einer gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung und der Landesversammlung wurde von zahlreichen Rednern betont, daß die Besetzung des Reichswehrministeriums durch einen geeigneten Parteigenossen mit Lebhaftigkeit gewünscht wurde, aber alle Vorschläge scheiterten an der entschieden und klar begründeten Ablehnung der vorgeschlagenen Parteigenossen. So kam man auf einen Beschluß unserer Fraktion der Nationalversammlung zurück, der nach der endgültigen Ablehnung durch Wels gefaßt worden war, dem Reichspräsidenten und Reichskanzler das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Reichswehrministeriums zu übertragen. Diese schlagen vor, daß der bisherige Wiederaufbauminister Dr. Geßler Reichswehrminister werde. Wenn die Vertreter der Gewerkschaften diesem Vorschlage nicht widersprechen, so wird mit sehr viel Wahrscheinlichkeit Dr. Geßler, der ehemalige Oberbürgermeister von Nürnberg, der Nachfolger Noskes werden. Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums wird nun unserer Partei zugewiesen. Die drei von der Fraktion hierzu vorgeschlagenen Genossen lehnten aber die Berufung ab. Es wird abzuwarten sein, ob sich für dieses Amt ein sozialdemokratischer Leiter finden wird.

Der Ansturm der bürgerlichen Parteien gegen den Genossen Hermann Müller, den Minister des Auswärtigen, scheint nach den letzten Informationen, die dem „Hamb. Echo" aus Berlin zugingen, abgeschlagen zu sein. Auch gegen das Verbleiben Robert Schmidts im Reichswirtschaftsministerium scheint der Widerstand gebrochen zu sein, doch soll das Reichswirtschaftsministerium später in zwei Ministerien geteilt werden. Die Kapitalisten wünschen, daß der ihnen sehr verhaßte Unterstaatssekretär Professor Hirsch aus dem Wirtschaftsministerium ausscheide, wogegen sich unsere Fraktion schroff wendet. Sehr scharfe Kritik, auch in unseren eigenen Reihen, fand Genosse Schlicke als Arbeitsminister und der vom Zentrum als Reichsfinanzminister vorgeschlagene Generaldirektor der Hapag Cuno. Unsere Partei würde lieber sehen, wenn der Zentrumsabgeordnete Wirth der bisherige badische Finanzminister, der Nachfolger Erzbergers würde.

Während nach dieser Meldung des „H. E." die Umbildung der Regierung noch nicht abgeschlossen ist, behauptet, wie uns aus Berlin durch die „Tel.-Union berichtet wird, die „Berl. Morgenpost" in ihrer heutigen Morgennummer, daß das neue Kabinett schließlich doch noch Mittwoch abend zustande gekommen sei, und zwar setze es sich wie folgt zusammen:

Reichskanzler: Bauer (Sozialdemokrat).
Vizekanzler und Justiz: Schiffer (Demokrat).
Inneres: Koch (Demokrat).
Reichswehr: Geßler (Demokrat).
Finanz: Cuno (Zentrum).
Reichsschatzminister: Bolz (Zentrum).
Verkehr: Bell (Zentrum).
Arbeit: Schlicke (Sozialdemokrat).
Ohne Portefeuille: David (Sozialdemokrat).

Wenn auch eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit dieser Ministerliste spricht, so geben wir sie dennoch nur ohne irgend welche Bürgschaft für ihre Richtigkeit weiter.

Die für Donnerstag anberaumt gewesenen Sitzungen der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung waren wegen der noch ungeklärten Lage auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Präsidenten der beiden Parlamente wurden ermächtigt, den Termin der nächsten Sitzung je nach Lage der Sache anzuberaumen. Die Sitzung der preußischen Landesversammlung soll einen Tag nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung stattfinden. Nach der „B. M." findet die nächste Sitzung der Nationalversammlung bereits am Freitag statt; in ihr werde sich das neue Ministerium vorstellen. Auch diese Meldung scheint den Ereignissen vorauszueilen. Der Aeltestenrat der Nationalversammlung wird erst heute, Donnerstag, mittag zusammentreten, um darüber Beschluß zu fassen, wann die nächste Sitzung stattfinden soll. Man nimmt allerdings an, daß sie Freitag abgehalten werden wird, da die Zeit drängt, und wieder feste Verhältnisse geschaffen werden müssen.

* * *

### Rücktritt der preußischen Regierung.

**TU. Berlin, 25. März.** Der preußische Ministerpräsident Hirsch hat dem Präsidenten der Landesversammlung Leinert den Rücktritt des preußischen Kabinetts überreicht. Nach der vorläufiger preußischen Verfassung ist es Sache des Präsidenten der Landesversammlung einen Staatsmann mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen. Auf wen die Wahl Leinerts fallen wird, steht noch dahin. Wie die „Berliner Morgenpost" hört, beabsichtigt Leinert dabei in engster Fühlung mit dem Reichspräsidenten vorzugehen. Er will die Lösung aber noch um einige Tage verschieben. Einstweilen hat Präsident Leinert die preußischen Minister mit der Weiterführung der Amtsgeschäfte beauftragt. Wie in parlamentarischen Kreisen angenommen wird, soll dem bisherigen Reichswehrminister Noske nunmehr ein Sitz im preußischen Kabinett angeboten werden. Das preußische Verkehrsministerium soll General Gröner erhalten.

## Verständigung im Industrierevier.

**Die Kommission, die von der Dienstag in Bielefeld zusammengetretenen Konferenz zur Verständigung über die Lage im Industriegebiet eingesetzt war, um nach Abschluß des Waffenstillstandes eine Grundlage für ein Uebereinkommen zur Beilegung des Konfliktes zu finden, hat Mittwoch nach zehnstündiger Verhandlung, an der Reichsminister Giesberts und Reichskommissar Severing teilnahmen, folgende Vereinbarungen festgelegt:**

**Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarung in Einklang bringen wollen:**

**Punkt 1 bis 8 entsprechen den bereits bekannten Berliner Abmachungen zwischen Regierung und Gewerkschaften.**

**9: Die verfassungsmäßige Behörde waltet ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb zehn Tage geschehen. Ferner tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeinde-Organen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.**

**10: Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, so weit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu drei auf 1000 Einwohner aus den den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet. Für die Zeit, während der sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, so weit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.**

**11: Sämtliche Beteiligte verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.**

**12: Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgerätes an die Gemeinden.**

**13: Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.**

**14: Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Das Reichswehrkommando 6 wird in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Der Reichskommissar wird einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen, der bei allen miliärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mitzubefinden hat, gehört werden soll.**

**15: Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgelegte Regelung erfolgt ist.**

**16: Reichsminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen mit dem Auftrage, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.**

**17: Weder den Arbeitern, die an dem Kampf teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und der Einwohnerwehr und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.**

## Das Gesetz gegen die Hochverräter.

Dem Reichsrat ist durch Justizminister Schiffer ein Gesetzentwurf über die Aburteilung der mit dem hochverräterischen Unternehmen vom März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen bürgerlichen Gerichte zugegangen. Nach § 1 dieses Gesetzes sieht die Aburteilung der mit dem hochverräterischen Unternehmen vom März 1920 zusammenhängenden Straftaten, auch soweit es sich um der militärischen Gerichtsbarkeit unterstellte Personen handelt, ausschließlich den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zu. Die Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte regelt sich nach dem Gerichtsverfassungsgesetz. Soweit sich aus diesem Gesetz wegen der besonderen Strafandrohungen des Militärstrafgesetzbuches die Zuständigkeit eines bürgerlichen Gesetzes nicht ergibt, sind die Strafkammern zuständig. Nach § 2 tritt das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

In der dem Gesetz beigegebenen Begründung heißt es: An dem hochverräterischen Unternehmen der jüngsten Tage und an den Straftaten, die in Zusammenhang mit diesem Unternehmen begangen worden sind, haben sich neben Personen, die der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstehen, auch solche beteiligt, die der militärischen Gerichtsbarkeit unterstellt sind. Es erscheint geboten, die Aburteilung auch dieser Personen den bürgerlichen Gerichten zu übertragen. Die Entscheidung wird den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zugewiesen. Den auf Grund des Belagerungszustandes eingerichteten außerordentlichen Kriegsgerichten sollen diese Sachen ferngehalten werden. Für die sachliche Zuständigkeit sind die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes maßgebend. Fälle des Hochverrats kommen vor das Reichsgericht. Für die Straftaten anderer Art, zu denen es im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen gekommen ist, bedarf es einer besonderen Regelung insofern, als die Zuständigkeitsregeln des Gerichtsverfassungsgesetzes auf Verstöße gegen die Strafvorschriften des Militärstrafgesetzbuchs wie der darin enthaltenen, dem bürgerlichen Strafrecht unbekannten besonderen Strafandrohungen nicht überall passen. Dies gilt da, wo das Militärstrafgesetzbuch ausschließlich Arrest oder Gefängnis von mehr als 5 Jahren androht. Diese Fälle überweist der Entwurf den Strafkammern.

Am Mittwoch wurde der Entwurf zunächst in eingehender Ausschußberatung vom Reichsrat beraten. Die nächste öffentliche Sitzung findet am Donnerstag nachmittag statt.

* * *

Die Aburteilung der Schurken, die sich am Kapp-Putsch beteiligt haben, muß unbedingt vor Gerichten geschehen, für deren Objektivität sich die Regierung verbürgen kann. Es darf nicht geschehen, daß die Verbrecher von Gesinnungsgenossen im Richteramt freigesprochen oder zu lächerlich milden Strafen verurteilt werden. Das Gesetz gegen die Hochverräter ist deshalb so auszugestalten, daß es für eine der Größe der gegen das deutsche Volk verübten Untat wirklich entsprechenden Sühne die weitgehendsten Garantien gibt. Der leitende Gedanke muß sein: Eiserne Strenge gegenüber den Hochverrätern!

## Ein österreichischer Aufruf an das deutsche Proletariat.

Wie die Wiener „Arbeiterzeitung" meldet, befaßte sich der Kreisarbeiterrat in Wien mit der durch die Ereignisse in Deutschland geschaffenen politischen Lage. Friedrich Adler begründete im Auftrage der Obmännerkonferenz den vorgeschlagenen Aufruf an das Proletariat Deutschlands. Nach längerer Aussprache, in welcher die kommunistischen Redner für die Bewaffnung des Proletariats eintraten, wurde der von Friedrich Adler vorgelegte Aufruf bei Stimmenthaltung der Kommunisten einstimmig angenommen. In dem Aufruf wird das deutsche Proletariat zur Schließung seiner Reihen aufgefordert und sodann zum Zweck der gemeinsamen Aktion des Proletariats gegen die Gefahr der Gegenrevolution zur Schaffung eines Arbeiterrates eingeladen. Weiter wird die Schaffung einer Wehr, wie sie das Proletariat in Oesterreich besitzt, gefordert. Zum Schluß heißt es: „Euer Schicksal ist unser Schicksal, die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo der Anschluß des Proletariats Deutsch-Oesterreichs an das deutsche revolutionäre und sozialistische Deutschland erfolgt. Ein Antrag des Kommunisten Friedländer auf Wehrhaftmachung des Proletariats wurde angenommen.

## Die Entente droht mit Besetzung und Blockade.

**In einer gemeinsamen Besprechung der Gemeinderats-Fraktionen, sowie von Vertretern sämtlicher Parteien und des Aktionsausschusses, teilte nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" in Düsseldorf der Vertreter der Besatzungs-Behörden in knapper Form folgende Bedingungen sämtlicher Besatzungsbehörden mit: „Ruhe und Ordnung. Keine Störung der Betriebe. Keine Störung der Lage. Anerkennung der Gesetze des Deutschen Reiches für die besetzten Gebiete." Ferner machte er folgende Vergeltungsmaßnahmen gegen Verstöße gegen diese Bedingungen bekannt: „Besetzung des Gebietes von Beurath, Belagerungszustand und feindliche Blockade für das besetzte Gebiet und das ganze Deutsche Reich."**

Nach Meldungen, die über die Schweiz kommen, beabsichtigt die französische Regierung mit bewaffneter Macht in das Ruhrrevier einzumarschieren, wenn die dortigen Unruhen noch weiter fortdauern. Befehle seien sowohl an die Militärkommissionen in den besetzten Gebieten wie an die französischen Verbindungsoffiziere bei dem englischen Kommandeur in Köln ergangen, sich für den Fall eines bewaffneten Einschreitens im Ruhrgebiet bereit zu halten und die notwendigen Befehle einzuholen. — Ministerprä-

dent **Millerand** hat an den Obersten Rat eine **Note** gerichtet, die darauf verweist, der Oberste Rat möchte durch die durch die Unruhen im Ruhrgebiet geschaffene Lage die Kohlenlieferungen Deutschlands an Frankreich sicherstellen.

## Der Botschafterrat und die Lage in Deutschland.

Schweizer Blättern wird aus Paris gemeldet, daß sich der Botschafterrat Mittwoch mit der Lage Deutschlands beschäftigt habe und zu dem Beschluß gekommen sei, die deutsche Regierung unverzüglich zu ersuchen, mit den Spartakisten zu einer für die Alliierten günstigen Lösung zu kommen. Falls dieser Versuch mißglücken sollte, so wollen die Alliierten einige Erleichterungen gegenüber dem Friedensvertrag genehmigen, um es Deutschland zu ermöglichen, mit bewaffneter Macht gegen das von den Spartakisten besetzte Ruhrrevier vorzugehen. Sollte diese deutsche Offensive jedoch wider Erwarten mißlingen, dann soll nach den Beschlüssen des Rates Foch die Ermächtigung erhalten, mit alliierten Truppen vorzugehen, um die Punkte des Friedensvertrages durchzusetzen, die Frankreich Kohlen aus dem Ruhrrevier zusichern.

Nachdem es, wie wir an anderer Stelle berichten, im rheinisch-westfälischen Industrierevier am Mittwoch zu einer Verständigung gekommen ist, sind die Vorschläge des Botschafterrates überflüssig geworden.

## Holland sucht sich zu schützen.

Dem „Telegraaf" zufolge hat die niederländische Regierung im Hinblick auf die Ereignisse in Deutschland ausgedehnte Maßregeln ergriffen, sowohl, um im Innern des Landes die Ruhe aufrecht zu erhalten, als auch, um etwaige Streifzüge roter deutscher Truppenabteilungen zum Zwecke der Auftreibung von Lebensmitteln in den Niederlanden abzuwehren. Den niederländischen Behörden ist bekannt, daß zwischen spartakistischen Führern im westfälischen Industriegebiet und den niederländischen Kommunisten Fühlung besteht.

## Für einen Sonderfrieden der Vereinigten Staaten.

Dem Repräsentantenhause in Washington ging ein Gesetzentwurf zu, der zu einem Sonderfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ermächtigt. Der Entwurf sieht die Schaffung eines Handelsrates vor, der so rasch wie möglich dem Kongreß einen besonderen Entwurf für die Leistung von Krediten an Europa unterbreiten soll. Diese Kredite sollen so lange laufen, bis der Wechselkurs den Stand der Vorkriegszeit erreicht.

## Fortdauer der Militärwillkür.

Der Brigadekommandeur Senftv. Pilsach in Leipzig verbot Mittwoch die Umbildung der Einwohnerwehr von Leipzig, die Rat- und Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen hatten. Ferner verfügte er die Auflösung der Einwohnerwehr in den selbständigen Vorortgemeinden Leutzsch, Böhlitz-Ehrenberg und Groß-Zschocher. Waffen und Munition sollen sofort abgeliefert werden.

Gegen die Fortdauer dieser militärischen Willkür muß schärfster Protest erhoben werden!

## Die Lage im Reich.

In Berlin gewinnt das Straßenbild allmählich wieder seinen alten Charakter. Die Zeitungen sind allerdings auch Mittwoch noch nicht alle erschienen. Dagegen ist der Verkehr auf den Eisenbahnen und Straßenbahnen fast restlos wieder aufgenommen worden.

In Stettin wurde Mittwoch noch nicht gearbeitet, trotzdem die Vertrauensmänner Dienstag die Aufhebung des Generalstreiks beschlossen hatten. Der Aktionsausschuß hatte die Arbeiter zur Beerdigung der letzten Opfer beordert. Dienstag soll die Arbeit aufgenommen werden. Ueber die Lage in der Provinz Pommern liegen wenig Meldungen vor, da Telephon- und Postverbindung völlig unterbrochen sind. Nach dem Bericht des Wehrkreiskommandos treiben in Vorpommern und dem südöstlichen Mecklenburg noch immer bewaffnete Banden ihr Unwesen.

In Halle sprachen sich zahlreiche Massenversammlungen trotz Abmahnens der Streikleitung für die Fortsetzung des Streiks aus. Die Arbeit ist noch nirgends wieder aufgenommen worden.

In Waldenburg (Schl.) beschloß eine Massenversammlung den Abbruch des Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit. Die elektrische Straßenbahn fährt bereits wieder.

Die „Thüringer Allgemeine Zeitung" meldet: Morgens um 8 Uhr streckten die Aufrührer in Gotha bedingungslos die Waffen. Gegen 1 Uhr mittags werden Abgeordnete der Stadt Gotha sich nach Eisenach begeben, um dem dortigen Truppenkommando die Abgabe der Waffen mitzuteilen. Danach rücken die Regierungstruppen in Gotha ein. Die Führung der Roten Armee ist aus Gotha geflüchtet. Nachmittag fand die Beerdigung von 73 Toten statt.

Der Uebungsplatz Ohrdruff ist nachts freiwillig von der „Roten Armee" geräumt worden; nur kleine Banden Bewaffneter sollen sich noch in den umliegenden Wäldern aufhalten.

In Weimar ist eine Entspannung der Lage eingetreten. Der Generalstreik und die Postsperre sind Mittwoch aufgehoben worden. Die Zeitungen erscheinen wieder. Die Opfer des Putsches sind 9 Tote. Das Militär ist entfernt und eine Volkswehr gebildet.

Trostlose Verhältnisse herrschen im Vogtlande. Der „Vogtländische Anzeiger" berichtet aus Markneukirchen: Der Kommunist Max Hoelz, auf dessen Ergreifung die Staatsanwaltschaft 5000 Mark Belohnung ausgesetzt hat, der in der Nacht zum Sonntag 14 Strafgefangene des Zwickauer Schwurgerichts aus dem Landgerichtsgefängnis Plauen befreite, erschien Dienstag abend mit einer bewaffneten Bande von etwa 200 Mann. Die Mannschaft besetzte alle Straßen und ließ niemand aus den Häusern; Hoelz selbst begab sich mit mehreren Leuten vor das Rathaus und erpreßte vom Bürgermeister hunderttausend Mark. — Bei Hoelz handelt es sich weniger um einen Kommunisten, als um einen gewöhnlichen Verbrecher, der sich das kommunistische Gewand angezogen hat. Die wirklichen Kommunisten im Vogtlande lehnen jede Gemeinschaft mit ihm ab.

Trübe sieht es nach wie vor im rheinisch-westfälischen Kampfgebiet aus. General Kabisch ist nach einer Meldung des nicht immer zuverlässigen „W. T.-B." mit der Reichswehr von roten Truppen in Wesel eingeschlossen. Die militärischen Stellen behaupten, daß die Arbeitertruppen das Waffenstillstandsabkommen nicht gehalten haben; denn man habe Mittwoch Wesel mit Artillerie beschossen und versucht, gegen die Stadt vorzugehen. Es ist aber nur eine einseitige Behauptung seitens der militärischen Stellen und damit noch lange nicht gesagt, daß sie auch der Wahrheit entspricht. Hoffentlich gelingt nunmehr die Beruhigung, nachdem eine Verständigung zustande gekommen ist. Mut genug ist bereits im Industrieviertel geflossen.

In Kiel war am Mittwoch Feiertag und Trauertag angesagt worden aus Anlaß der Bestattung der Opfer, die die Straßenkämpfe der vorigen Woche gefordert haben. An dem Trauerzug beteiligten sich schätzungsweise 15 000 Personen. Eine große Menschenmenge umsäumte die Straßen, durch die der Zug kam, und von allen Kirchen läuteten die Glocken. Am Grabe auf dem Friedhof Eichhof sprachen für den Magistrat Bürgermeister Gradenwitz, für das Stadtverordnetenkollegium der Stadtverordnetenvorsteher Spiegel. Namens der Mehrheitssozialisten sprach Universitätsprofessor Radbruch, für die „Unabhängigen" Frenzen, für die Demokraten der frühere Abgeordnete Hoff, ferner eine Vertreterin der Kommunistischen Partei Deutschlands. Während die Särge in die Gruft gelassen wurden, sangen die vereinigten Arbeitergesangvereine. Eine Stunde vorher wurden auf dem Militärfriedhof 11 Militärpersonen beigesetzt; auch hier folgte eine Abordnung der Stadt dem Leichenzuge, in dem auch der Beamtenbund und mehrere Marineformationen vertreten waren. Die Rede hielt Oberpfarrer Dehmel.

## Kein Haftbefehl gegen Ludendorff.

Zu den von verschiedenen Seiten verbreiteten Nachrichten über einen für General Ludendorff erlassenen Haftbefehl erfährt das „B. T." von gut unterrichteter Seite: Es ist unzutreffend, daß gegen den General Ludendorff bereits ein besonderer Haftbefehl ergangen ist. Die Behörden sind jedoch bereit, nach der Erklärung der Regierung, alle Schuldigen am Putsche zur Bestrafung zu bringen, auch auf die Person des Generals Ludendorff, dessen Teilnahme und Unterstützung des Militärputsches einwandfrei feststeht, ihr Augenmerk zu richten.

Es würde ganz unbegreiflich sein, wenn man Ludendorff laufen ließe, nachdem längst einwandfrei festgestellt worden ist, daß gerade er eine der treibenden Kräfte beim Kapp-Unternehmen gewesen ist. Dieser Verbrecher größten Formats am Volke hätte schon längst hinter Schloß und Riegel gesetzt werden müssen, damit er nicht immer wieder neues Unheil anrichten kann.

## Barrikaden in elsässischen Städten.

Schwere Unruhen sind im Elsaß ausgebrochen. Namentlich in Kolmar, Mülhausen und Straßburg, wo vor einigen Tagen der Generalstreik ausgebrochen war. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein französisches Husarenregiment nach Straßburg aufgeboten, um die Menge zu zerstreuen. Die Menge hatte Barrikaden errichtet und suchte Hotels und Geschäftshäuser zu plündern. Die Eisenbahner, Bäcker und Schlächter scheinen sich dem Streik angeschlossen zu haben. Das „Echo de Paris" macht die Bemerkung, daß die Anstifter der Bewegung ausschließlich Deutsche seien, und leitet diese Vermutung aus der Beobachtung ab, daß immer noch feldgraue Uniformen auf der Straße zu sehen seien. Tatsächlich ist jedoch die Bewegung durch die hochgradige Erregung der Arbeitermassen wegen der ungeheuren Teuerung hervorgerufen worden.

## Eine Botschaft Lenins an die englischen Arbeiter.

Der Korrespondent des englischen Arbeiterblattes „Daily Herald" Lansbury, der soeben aus Moskau nach London zurückgekehrt ist, wurde dort in der Albert-Hall von 10 000 Personen gefeiert. Er verlas folgende Botschaft Lenins an die englischen Arbeiter: „Falls Ihr eine friedliche Revolution hervorrufen könnt, wird niemand mehr damit zufrieden sein, als wir in Rußland. Seid Eurer Gewerkschaftsbewegung und Eurer Arbeiterbewegung treu. Ruft keine Auflösung durch allzu zeitige Streiks und Unruhen hervor. Haltet zusammen, bis Ihr des Sieges sicher seid, und nehmt nicht Eure Zuflucht zur Gewalt."

Lenin hat offenbar durch die Vorgänge, die sich während der Rätediktatur in Rußland abgespielt haben, (im guten Sinne) stark umgelernt und nähert sich nunmehr dem Standpunkt, den die deutsche Sozialdemokratie von jeher vertreten hat.

## Kongreß der zweiten Internationale.

Wie Amsterdamer Blätter melden, befaßten sich die Abgeordneten der an die zweite Internationale angeschlossenen Länder auf ihrer Dienstag in Rotterdam abgehaltenen Sitzung, der u. a. Troelstra, Huysmans und Shaw beiwohnten, mit den Aufforderungen zur Teilnahme an dem internationalen Kongreß, der im Juli in Genf stattfinden soll. Außerdem wurde von der Abordnung, die sich nach Deutschland begeben hatte, um zwischen den deutschen Sozialdemokraten Einigkeit herzustellen, Bericht erstattet. Der von diesem Ausschuß an die deutsche Sozialdemokratie gerichtete Aufruf wurde genehmigt. Es wurde beschlossen, auf dem Genfer Kongreß auch über die Teuerungsfrage und über die internationale Einigkeit zu beraten, sowie eine Abordnung nach Polen zu entsenden.

## Die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Sibirien gesichert.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: **Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Ostsibirien ist gesichert.** Fünf japanische Dampfer sind gechartert worden, von denen der erste, „Scotland Maru", am 20. Wladiwostok verlassen sollte. Die Kosten für die Heimschaffung der ungefähr 5000 Gefangenen betragen rund 150 Millionen Mark.

## Eine Revolution in China?

Amsterdamer Blättern zufolge berichtet „Eastern Service" aus Tokio, daß dort Gerüchte über eine Revolution in China im Umlauf sind. Auf allen Linien der chinesischen Ostbahn herrschte Aufstand, der einen bolschewistischen Charakter angenommen habe. Tausende von chinesischen Soldaten hätten das Sowjetheer verlassen und auf ihrem Weg nach China sibirische Städte geplündert; sie seien an der chinesischen Grenze entwaffnet worden.

## Sonderbare Seitensprünge.

Man schreibt uns aus Berlin: In der Nacht zum 13. März putschten die Kapp und Lüttwitz. Am 13. März traten sofort auf Drängen der Mehrheitssozialisten diese mit den Gewerkschaften und der U. S. P. D. zusammen, damit man gemeinsam die eidbrüchigen Rebellen bekämpfe. Die „Unabhängigen" verlangten die Zusicherung, daß Noske zurücktrete. Darüber hinaus gewährten die Mehrheitssozialisten, daß an Personenfragen die Verständigung keinesfalls scheitern solle. Die „Unabhängigen" verlangten Proklamierung des Kampfes für die Rätediktatur. Wir konnten natürlich diese Formel nicht annehmen, suchten ihr aber möglichst weit entgegen zu kommen. Da, nach vielstündigen Beratungen, erklärten die U. S. P. D.-Leute, ihre Ehre verbiete es ihnen überhaupt, mit Mehrheitssozialisten über den Aufruf des Gewerkschaftsbundes gemeinsam ein Flugblatt zu unterzeichnen oder gar irgend eine gemeinsame Aktion vorzunehmen. Es wurde also in Berlin getrennt marschiert.

In der Mitte der Kampfwoche kamen einige hervorragende Führer der „Unabhängigen" zu den gerade in Berlin weilenden Vertretern der zweiten und dritten Internationale und baten um deren Vermittlung für eine taktische Verständigung zwischen S. P. D. und U. S. P. D.; man müsse sich einig sein, wenigstens darüber, was man in den nächsten achtundvierzig Stunden nach Kapps Sturz tun und lassen wolle. Die Mehrheitssozialisten nahmen treulich an, die Internationale stellte ihre guten Dienste bereitwilligst zur Verfügung. Der internationale Sekretär Huysmans ging zum Zentralvorstand der U. S. P. D. Dort ließ man ihn zwei Stunden im Vorzimmer warten, dann teilte man ihm kurzerhand mit, der Beschluß des Leipziger Parteitages der U. S. P. D. verbiete kategorisch jede Verständigung mit den Mehrheitssozialisten. Die Vertreter der zweiten wie der dritten Internationale waren einig in den Worten schärfster Verurteilung für diese hinterhältige und schwankende Politik. Und die „unabhängigen" Vermittler, welche diesen Schritt angeregt hatten, baten nur um das eine: **die Genossen der Internationale möchten ihre Namen nicht verraten!!** Man kann sich denken, wie über diese Helden geurteilt wurde.

Und Montag verhandelte man auf Einladung des Zentralvorstandes der U. S. P. D. über eine gemeinsame Regierung von Mehrheitssozialisten und „Unabhängigen". Wann wird die Erklärung folgen, daß den U. S. P. D. ihre Ehre verbiete, mit den Mehrheitlern an einem Tische zu sitzen!? Oder haben sie wirklich gelernt?

# Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Der Dank an die Beamtenschaft.**

Reichspräsident Ebert erließ einen Aufruf an die deutsche Beamtenschaft, in dem es u. a. heißt: „In schweren Tagen, da einige freventliche Abenteurer und ein kleiner Teil irregeleiteter Volksgenossen versuchte, die Reichsregierung zu stürzen und die Grundlagen von Recht, Gesetz und Reichsverfassung zu beseitigen, hat die deutsche Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden sich in entschlossener Abwehr zur Verteidigung nach rechts zusammengefunden. Die deutsche Beamtenschaft hat dadurch einen neuen Beweis ihrer Treue zur beschworenen Pflicht und ihrem verfassungsmäßigen Gehorsam gegenüber der Reichsregierung gegeben und ihrer ehrenvollen Geschichte damit ein neues Dokument selbstloser und zielbewußter Arbeit am Ganzen eingefügt. Durch ihre entschlossene Absage an die Männer des Staatsstreichs und der Reaktion, durch ihr treues Festhalten an der verfassungsmäßigen Regierung und den Gesetzen hat die deutsche Beamtenschaft, in erster Linie die Beamtenschaft der Reichsministerien, in hohem Maße dazu beigetragen, daß der wahnwitzige Staatsstreich der Kapp, Lüttwitz und Genossen so rasch in sich zusammenbrach und Recht und Gesetz gesiegt haben. Ich spreche den deutschen Beamten und Beamtinnen meine besondere Anerkennung meinen und des Vaterlandes tief empfundenen Dank für dieses Verhalten aus."

**Aus der Schutzhaft entlassen.**

Der bekannte Kommunistenführer Dr. Paul Levi wurde auf Veranlassung des neuen Berliner Polizeipräsidenten Mittwoch aus der Schutzhaft entlassen. Es befinden sich in Berlin in Schutzhaft jetzt nur noch vier Personen, darunter Prinz Joachim Albrecht.

**Die Untersuchung gegen die Reichsfischversorgung.**

Der Geschäftsführer der Reichsfischversorgung, Nathan, ist jetzt endlich aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da die Voruntersuchung einwandfrei ergeben hat, daß Nathan keinerlei persönliche Vorteile erstrebte. Das Verfahren selbst wird jedoch seinen Fortgang nehmen, da der Untersuchungsrichter nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß auch die Kriegsgesellschaften an die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Preisbemessung von Lebensmitteln gebunden sind

**Kleine politische Nachrichten.**

Nach dem „Lokalanzeiger" beantragte der Oberreichsanwalt bei der Nationalversammlung die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dr. Traub (dtschnat.) wegen Hochverrats. Traub, der Verwandlungskünstler unter den Politikern, hat angeblich bereits am 13. März seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt.

Im Helfferich-Prozeß hat sowohl Erzberger wie auch Helfferich Berufung eingelegt.

Aus London wird gemeldet: Dr. Lehmann, der deutsche Vertreter, nahm Dienstag an den Beratungen der Leitung des internationalen Arbeitsbureaus in London teil.

Die französische Kammer nahm ein Gesetz an, wodurch vom 1. März 1920 an jedem Senator und Abgeordneten ein Zuschuß von 1000 Franken monatlich gewährt wird.

Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus in Tokio erklärt die Nachricht, die Japaner hätten sechs ihrer Regimenter aus Sibirien zurückkommen lassen, da sie angeblich von den Bolschewisten angesteckt worden seien, für unzutreffend.

### England

**Vor einem Bergarbeiterstreik?**

Die Verhandlungen zwischen dem Vollzugsausschuß der Bergarbeiter und dem Kohlenkontrolleur über die Forderungen der Bergleute auf Lohnerhöhung um 3 Schilling, sind abgebrochen worden. Die Bergarbeiter-Konferenz wird darüber Beschluß fassen, in welcher Weise vorgegangen werden soll.

# Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 25. März.

## An die deutschen Zeitungsleser!

Die Herstellung der Zeitungen hat sich während der letzten Monate in einem Maße verteuert, wie es nie vorausgesehen werden konnte. Weitere große Preissteigerungen der Rohmaterialien stehen bevor. Soll das Zeitungsgewerbe nicht zugrunde gehen und soll die Presse überhaupt noch ihren öffentlichen Pflichten nachkommen, so muß das gestörte Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen der Zeitungen ausgeglichen werden. Nach eingehenden Beratungen sind die Vorstände der Verlegervereinigungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine durchgreifende und allgemeine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zu umgehen ist, wenn die verteuerten Herstellungskosten wenigstens teilweise ausgeglichen werden sollen.

Zur Erläuterung der Notwendigkeit, die Bezugs- und Anzeigenpreise zu erhöhen, geben wir eine Gegenüberstellung der Kosten der zur Zeitungsherstellung hauptsächlich benötigten Materialien:

**Papierpreise für Zeitungsdruck.**

| | 1914 | 1919 | 1920 Februar | 1920 März |
|---|---|---|---|---|
| 100 Kg. | 21,— Mk. | 120,— Mk. | 227,— Mk. | 340,— Mk. |

Der März-Papierpreis gilt nur bis zum 15. März, vom 16. bis 30. März ist er noch vollständig unbekannt.

Unsere Leser erhalten im Monat etwa 1 Kg. Papier, sodaß sie mit dem Abonnementspreis nur den gegenwärtig gültigen Papierpreis bezahlen.

Mit der Druckfarbe ist es ähnlich. Sie kostete

| | 1914 | 1919 | 1920 Februar | 1920 März |
|---|---|---|---|---|
| 100 Kg. | 40,— Mk. | 220,— Mk. | 680,— Mk. | 900,— Mk. |

Ein weiteres notwendiges Material zur Herstellung der Zeitung ist Blei. Es verliert jährlich durch die täglichen Umschmelzungen mindestens 50 Proz.

Der Tagespreis betrug durchschnittlich

| | 1914 | 1919 | 1920 Februar | 1920 März |
|---|---|---|---|---|
| 100 Kg. | 42,— Mk. | 520,— Mk. | 1400,— Mk. | 1980,— Mk. |

Diese ungeheuren Steigerungen, die ein Zeitungsverlag wegen der Bindung der Abonnementspreise für ein ganzes Quartal, bezw. für einen Monat, unmöglich auf andere Schultern abwälzen kann, gefährden den Bestand der Presse ganz bedeutend. Hinzu kommen Steigerungen der Löhne um mehr als das sechsfache und wesentliche Steigerungen der Gehälter, sowie die bis 10 Prozent betragende Anzeigensteuer, die indessen nicht besonders in Erscheinung tritt, sondern auf Grund der Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes in dem Anzeigenpreise verrechnet werden muß.

Um die Existenzfähigkeit des „Lübecker Volksboten" zu erhalten, sind wir genötigt, für den Monat April den Abonnementspreis auf 3,50 Mk. zu erhöhen. Für Postbezieher muß der Preis 6 Wochen früher aufgegeben werden. Sie erhalten den Volksboten noch für 3 Mk. monatlich.

## Lübecks Einnahmen und Ausgaben.

Die Bürgerschaft wird sich am heutigen Donnerstag mit dem Haushaltsplan für das laufende Etatsjahr beschäftigen, nachdem sich die Finanzbehörde, der Bürgerausschuß und eine Kommission bemüht haben, einigermaßen ein Gleichgewicht in den Finanzen herzustellen. Eine leichte Aufgabe ist dies heutzutage nicht. Der schwankende Geldwert und die dadurch bedingte Verteuerung an Löhnen, Gehältern un Materialien wirft alle Voranschläge über den Haufen und stellt jede geordnete, weitergreifende Wirtschaft vor die schwierigsten Aufgaben. Lübeck steht hier nicht allein. Jeder Stadt- und Staatsverwaltung türmen sich die gleichen Hindernisse auf, sie zeigen im großen dieselben Mißstände, wie sie im Haushalt des Bürgers anzutreffen sind: einen Haufen Verpflichtungen und Notwendigkeiten, zu deren Erfüllung die Mittel nicht her- und nich thinreichen. Da ist es für jeden ordnungsliebenden Menschen, der sich aus dem Druck hocharbeiten will, nur eine selbstverständliche Pflicht, sich nach der Decke zu strecken, den Tatsachen ins Auge zu schauen und fromme Wünsche auf bessere Zeiten zurückzustellen. Diesen Grundsatz hat die Finanzbehörde bei der Aufstellung des Etats geleitet und die Kommission schließt sich dem mit Recht an. Sie legt vor allem das Gewicht darauf, daß die gesamten Bedürfnisse des Staates künftig nach den voraussichtlich zu erzielenden Einnahmen bemessen werden müssen und daß die Bürgerschaft mit dem Senat und der Finanzbehörde die neuen Aufgaben scharf auf ihre Notwendigkeit prüft. Einnahmen und Ausgaben werden aber in diesem Rechnungsjahre leider noch nicht in Einklang gebracht werden können. Es stellt sich jetzt ein Fehlbetrag von 3 575 857,12 Mk. heraus. Ursprünglich betrug dieser 6 778 301,12 Mk. Neuerdings ist aber bestimmt worden, daß der Anteil der Länder am Aufkommen der Reichseinkommensteuer für die weggefallene Landes-Einkommen- und Vermögenssteuer das Aufkommen aus diesen Abgaben in Land und Gemeinden für das Steuerjahr 1919 zuzüglich einer Steigung von 25 Prozent (statt bisher 6 Prozent) erreichen soll. Durch weitere vom Senat und Bürgerausschuß genehmigte Aenderungen wurde das voraussichtliche Defizit auf die oben angegebene Summe verringert. Sie wird vorläufig auf Anleihemittel gebucht unter Vorbehalt der endgültigen Deckung. Der lübsche Staat hat aber auch noch Guthaben vom Reiche zu fordern. So für Einquartierung 1 340 000 Mk. und für Kriegsunterstützung etwa 7½ Millionen Mark. Allerdings muß Lübeck die Mittel für die Senkung der Lebensmittelpreise anteilsmäßig mittragen, was rund 4 Millionen Mark ausmacht.

Die Kommission begrüßt es, daß sofort nach Verabschiedung des Voranschlages die Aenderung bezüglich Einschränkung der verschiedenen Verwaltungszweige eingehend erwogen werden soll, soweit sie im Interesse unserer Finanzen liegt. Eine Teilung des Haushaltsplans in einen ordentlichen und außerordentlichen Etat hält die Kommission für erwünscht. Ebenso, daß den Behörden die Pflicht auferlegt wird, di eAnsätze des Voranschlages unter allen Umständen einzuhalten und die Frage zu prüfen, bei einer unzulässigen Verschiebung der Titel eine gesetzliche Haftbarmachung für den Schaden auszusprechen.

Nach dem ursprünglichen Voranschlag, ohne die nachträglich beschlossenen Aenderungen, die wir im Augenblick nicht verrechnen können, verteilen sich die hauptsächlichsten Einnahmen und Ausgaben wie folgt: Senat und Bürgerschaft Einnahme 14 270 Mk. (Ausgabe 803 385 Mk.), Justiz 700 048 (1 242 753) Mk., Finanz- und Steuerwesen 34 400 258 (10 552 538) Mk., Bauwesen 2 355 864 (6 850 646) Mk., Polizei 2 649 989 (8 121 093) Mk., Gefängnisse 229 831 (636 025) Mk., Feuerlöschwesen 71 950 (857 190) Mk., Stadt- und Landamt, Arbeits- und Wohlfahrtsamt 260 075 (2 002 742) Mark, Betriebsanstalten 16 004 040 (14 540 537) Mk., Badewesen 494 500 (505 415) Mk., Bestattungswesen 853 400 (883 667) Mk., Kirchen (Ausgabe 8743 Mk.), Unterrichtswesen 1 024 864 (6 235 280) Mark, Kunst, Wissenschaft und gemeinnützige Zwecke 25 547 (798 369) Mk., Heilanstalten 2 402 755 (3 730 505) Mk., öffentliche Wohltätigkeit 524 405 (1 786 000) Mk., Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung (Ausgabe 701 395 Mk.), Nachbewilligungen usw. 850 000 Mark.

*

**Mord, Raub, Plünderung im ganzen Lande.** „Wir hoffen, daß diese Zustände, die beim besten Willen auch seitens der schärfsten Gegner des Kapp-Unternehmens, soweit sie ehrlich sind, nicht als Folge dieses unpolitischen „politischen" Streiches angesprochen werden können, die vielmehr die Nebenerscheinung des unvernünftigerweise heraufbeschworenen Generalstreiks sind, der alle Gemüter verwirrt hat und in seinen Folgen gar nicht abzusehen ist, bald mit eiserner Hand beseitigt werden und wieder Ordnung und Sicherheit für Hab und Gut, Leib und Leben eintritt. Es ist Verbrechergesindel, das sein Unwesen treibt." — Mit dieser Lüge gehen die Lübeckischen Anzeigen den Ursachen und Wirkungen unserer bedauerlichen Zustände auf den Grund. Leute mit etwas Denkvermögen schürten noch weiter: Ursache des Generalstreiks: Kapp-Lüttwitz; Ursache Kapp-Lüttwitz: deutschnationale Machtgier: Wirkung deutschnationaler Machtgier: Weltkrieg; Wirkung des Weltkrieges: Volksverderb in größtem Ausmaß; mitbeteiligtes Verbrechergesindel: Baltikumer usw.

**Konsularisches.** Der Senat hat den belgischen Generalkonsul Moulaert in Hamburg auch für das lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

**Das Fleisch der Woche.** Die Nachrichtenabteilung des Landesversorgungsamtes schreibt uns: Infolge des Verkehrsstreiks war es uns nicht möglich, die notwendige Fleischmenge rechtzeitig heranzuführen. Es ist jedoch trotz alledem gelungen, die Bevölkerung in dieser Woche zu versorgen und zwar werden, wie aus der Bekanntmachung ersichtlich, entweder 200 Gramm frisches Fleisch oder 100 Gramm amerikanisches Schweinefleisch zum Preise von 2,75 Mark für 100 Gramm zur Ausgabe gelangen. Sollte die eine Fleischart bereits ausverkauft sein, so muß an Stelle dieser die verbleibende Qualität abgegeben und entnommen werden.

**Die Preise für Kernseife,** sog. Haushaltsseife mit einem Fettgehalt von 58 und mehr vom Hundert werden auf 23,35 Mark für 1 Kilogramm, Feinseife einschließlich Packung auf 37,50 Mark und S.-H.-V.-G.-Seifenpulver mit einem Fettgehalt von 10 vom Hundert einschließlich Verpackung werden auf 4,20 Mk. für 500 Gramm erhöht. Soweit noch fetthaltige Waschmittel zu billigeren Preisen im Handel sind, ist diese noch zu den alten Preisen abzugeben.

**Erweiterter Zugverkehr.** Die General-Eisenbahndirektion in Schwerin gibt bekannt, daß die seit dem November 1919 ausgefallenen ePrsonenzüge Strasburg (Ukerm.) ab 8,35 vorm., Lübeck an 4,04 nachm., Lübeck ab 12,10 nachm., Strasburg an 7,06 nachm., mit Anschlußzügen nach Rostock, Güstrow, Bützow, Wismar, Ludwigslust und Schwerin an den Werktagen wieder verkehren zu lassen.

**Werkstattbrand.** Mittwoch nachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Hause Langer Lohberg 28 gerufen, wo in der Tischlerwerkstatt des Herrn Heynert ein Brand ausgebrochen war. Kurz nach 5 Uhr konnte die Feuerwehr nach ¾stündiger Tätigkeit wieder abrücken.

**Der Mieterschutzverein** ersuchte das Wohnungsamt, eine Verhandlung mit den Haus- und Grundbesitzervereinen herbeizuführen. Diese Verhandlungen sind seitens des Mietseinigungsamtes für Freitag morgen einberufen. Am gleichen Tage findet die Monatsversammlung des Mieterschutzvereins in den Zentralhallen, Dankwartsgrube statt. In dieser Versammlung wird über die Verhandlungen Bericht erstattet. Für die Mieter handelt es sich darum, weitere unerhörte Mietssteigerungen zurückzuweisen.

**Die Sterne lügen nicht!** Ein großer Schwindel wird jetzt von vielen sogenannten „Astrologischen Instituten" in die Welt gesetzt. Unter dem Vorgeben, auf Grund astrologischer Wissenschaft Auskunft über die Zukunft erteilen zu können, ersuchen ihre Inhaber in Inseraten um Angabe des Geburtstages. Die Einsender erhalten demnächst eine kurze Mitteilung, daß die ausgearbeitete Auskunft (Horoskop) gegen Nachnahme zugesandt werde. Diese Horoskope beruhen letzten Endes auf ganz willkürlichen Voraussetzungen. Wie sehr sich der Betrieb dieser Gaukler lohnt, ergibt sich daraus, daß ein solcher Schwindler in Bayreuth zurzeit acht Personen beschäftigt und täglich etwa 400 Briefe von Leuten erhält, die ihre Zukunft voraus' wissen möchten. Das Einkommen des Schwindlers beträgt etwa 600 Mark täglich. Obwohl er mehrfach wegen dieser Betrügereien vorbestraft worden ist, setzt er ruhig sein einträgliches Gewerbe fort. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck warnt hiermit vor diesen Schwindlern und bittet, ihr einschlägige Wahrnehmungen mitzuteilen, damit sie das Material im öffentlichen Interesse mitverwerten kann.

**Auch die Schwindler organisieren sich.** Schon vor dem Kriege konnte man die Wahrnehmung machen, daß sich Schwindelfirmen zu Vereinen und Verbänden zusammenschlossen, um so mit größerer Aussicht auf Erfolg vorgehen zu können. Es sei nur erinnert an einen Verband der Wäscheschwindelfirmen, der unter der Leitung eines Geheimen Kommerzienrates stand und dessen Mitglieder zum Teil in der schamlosesten Weise unser Volk ausplünderten. Dank dem rücksichtslosen Vorgehen der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck ist dieser Verband aufgeflogen. Neuerdings kann man wieder häufiger solchen zweifelhaften Verbänden begegnen. Auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes und des Geldmarktes findet man sie in erster Linie. Erfinderschutzverbände und Vereine von Berufsgeldgebern nennen sie sich beispielsweise. Also Vorsicht, wenn man solchen Organisationen begegnet. Man weise auch die genannte Zentralstelle auf derartige Gründungen hin.

**Die Kriegsschreibstube und Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz** wird auf Beschluß der Zentrale in Berlin zum 1. Mai ds. Js. geschlossen. Wir geben dieses schon heute bekannt, im Falle die Angehörigen der Vermißten und Kriegsgefangenen noch Anfragen an unsere Leitung zu richten haben. Alle noch laufenden Angelegenheiten werden dann nach Berlin weitergegeben. Bis dahin sind die Sprechstunden wie bisher.

**Festgenommen** wurde ein landwirtschaftlicher Volontär aus Reichenau, der seinem in Ortsmühl bei Heiligenhafen wohnenden Arbeitgeber ein Pferd mit Sattelzeug unterschlagen und dieses bei einem hiesigen Pferdehändler verkauft hatte. — Festgenommen wurde ferner ein in der Hüxstraße wohnhafter Maurergeselle und ein Seemann von hier, die gemeinschaftlich in einem hiesigen Café einen Ueberzieher gestohlen hatten, in dem sich ein Sparkassenbuch über eine namhafte Summe befand. — Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Westhoffstraße wohnhafter Hetzer, der einer im Kl. Kiesau wohnhaften Frau einen Ulster und ein paar Schuhe gestohlen hatte. Die gestohlenen Sachen sind angeblich von dem Diebe in einer hiesigen Volksküche an Uebekannte verkauft.

*

Schlutup. Achtung, Arbeiterjugend! Zusammenkunft heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr im Lokale Saborowsky.

## Angrenzende Gebiete.

s. Eutin. Landesausschuß. Voranschlag: Versorgung der Provinz mit elektrischer Energie; als Sachverständige sind Obersteuerrat Christiansen und Ober-Ingenieur Vogt zu den Verhandlungen zugezogen. Es handelt sich um die durch den Krieg und die Teurung entstandenen ungeheuren Mehrkosten, die für die zuletzt an das Versorgungsnetz angeschlossenen Gemeinden zum Teil eine riesige Vorbelastung (Gemeinde Rensefeld z. B. 150 000 Mark) bedeuten. Die Gemeinden sollen nach einem Antrag Mahlstedt mit ihren Beschwerden von einem Ausschuß gehört werden. Der Voranschlag D: Stempelsteuer und seine Verwendung, wird angenommen. F: Uebergangswirtschaft und Wohlfahrtspflege; gefordert wird eine möglichst große Summe für Tuberkulose- und Säuglingsfürsorge, die Position wird von 60 000 auf 100 000 Mark erhöht. Mit der Torfgewinnung im großen wird an drei Stellen im Lande begonnen. Angenommen wird ein Dringlichkeitsantrag, dem Regierungspräsidenten einen Ausschuß zur Seite zu setzen, der in kritischen Lagen des Reiches und des Landes mit dem Präsidenten zusammen in Tätigkeit tritt. Der Antrag der sozialdemokratischen Partei: Ablehnung der Beihilfen für Privatschulen zeitigt eine Abstimmung von 13 zu 13 Stimmen. Die Abstimmung muß wiederholt werden. Der Antrag Steenbock, den Privatschulen die Mitteilung zu machen, daß sie für die nächsten Jahre auf einen Zuschuß von seiten des L. A. nicht zu rechnen haben, wird angenommen. Die Voranschläge für 1920 werden angenommen. 2. Lesung des Gesetzes über Hebung der Grunderwerbssteuer. Von den beschlossenen 2 Proz. sollen nach Mitteilung des Staatsministeriums 1 Proz. an die Landeskasse, 1 Proz. an die Staatskasse fließen. Der Landesausschuß beschließt, 1 Proz. für die Landesverbandskasse und 1 Proz. für die Gemeinden zu erheben mit Zustimmung des Staatsministeriums. Jetzt endlich kommt Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht des Landes-Vorstandes und Ernährungsausschusses. Es werden viele Mißstände hinsichtlich der Holzbelieferung gerügt, vor allem die Willkür der Forstbeamten gegeißelt. Morgen soll der Forstrat selbst Rechenschaft geben.

**Hamburg.** Sühne für Raub und Raubmord. Vor dem Schwurgericht hatten sich die 20- und 22jährigen Brüder Eickenwald zu verantworten. Sie räuberten im Juni v. J. in Meiendorf unter Drohungen mit dem Revolver im Hause der Näherin Boltgiele 400 Mk. Acht Tage später brachen die beiden in der Bartelsschen Gastwirtschaft in Farmsen ein, drangen in das Schlafzimmer der Tochter, die einen Schlag aufs Auge mit dem Revolver erhielt. Darauf mußte auch ihr wachgewordener Bruder mit den Einbrechern, die ihnen den Revolver vorhielten, in die anderen Zimmer. Der Großvater wurde bedroht und dem Wirt Bartels wurde die Waffe mit den Worten auf die Brust gesetzt: Gib Dein Geld heraus! Vom ersten Schuß, der bald darauf fiel, erhielten Vater und Tochter nur leichte Verletzungen, an den Folgen des zweiten starb der Ueberfallene im Krankenhaus. Während die Ehefrau sich um den Schwerverletzten bemühte, räuberten die Unholde Gold- und Silbersachen, Uhren, sowie Geld.

Die Geschworenen erklärten Ernst Eickenwald des Mordes nicht schuldig, bejahten aber im übrigen die Schuldfragen hinsichtlich der beiden Angeklagten, so daß Johann Eickenwald auch des Mordes schuldig befunden wird. Das Urteil lautet gegen Ernst Eickenwald auf lebenslängliches Zuchthaus, gegen Johann Eickenwald auf Todesstrafe und zehn Jahre Zuchthaus, sowie gegen beide auf dauernden Ehrverlust.

**Schwerin.** Die erste Amnestie. Das Staatsministerium gibt auf Grund eines Beschlusses des Landtages bekannt, daß alle Strafverfahren, die aus Anlaß des letzten Landarbeiterstreiks in Mecklenburg-Schwerin wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder Verbrechens oder Vergehens gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit eingeleitet wurden, niedergeschlagen sind. — Ein Opfer des Putsches. Genosse Walter Karow aus Lübeck ist im Kampfe mit der Lüttwitz-Garde gefallen. Er ist einer von den mutigen Männern gewesen, die den Kampf aufnahmen und dadurch das Feuer, welches die Lüttwitz-Garde auf die fliehende Menge gerichtet hatte, ablenkte, wodurch viele gerettet worden sind.

**Schwerin.** Um die Stelle eines Stadtbaurats bewarb sich auch Stadtbaurat Studemund (Lübeck). Er erhielt 10 Stimmen, während auf Stadtbaurat Ramspeck 29 Stimmen entfielen.

## Theater und Musik.

Jenny Sonnenberg verabschiedete sich Mittwoch abend vom hiesigen Theaterpublikum als Dalila. Zwei Winter hindurch hat sie unserer städtischen Bühne angehört und sich während dieser ganzen Zeit vorzüglich bewährt. Es war stets ein wirklicher Genuß, diese geschmackvolle Sängerin zu hören. Sie entließ den Zuhörer niemals unbefriedigt. Das kam daher, daß ihr Alt in allen Lagen gleich leicht und gleich gut anspricht und überdies eine hohe Gesangskultur aufweist. Das Einzige, was ihr versagt war und auch versagt bleiben dürfte, war ein hinreißendes leidenschaftliches Temperament, ein natürlicher Mangel, der sich nur bis zu einem gewissen Grade durch gesteigerte Willenskraft ersetzen läßt. Als Abschiedsrolle hatte Jenny Sonnenberg die Dalila gewählt, die ihrem Temperament ganz besonders liegt. Da sie auch sonst sehr gut bei Stimme war, gestaltete sich ihr letztes Auftreten zu einem ebenso großen, wie nachhaltigen Erfolge. Das Publikum, das das Theater bis auf den letzten Platz füllte, raste geradezu in Beifall und konnte sich am Schlusse gar nicht genug tun, die Scheidende mit Beifall zu überschütten. Köstliche Blumen in bunter Fülle füllten die Bühne, und inmitten der lieblichen Kinder Florens ließ die holdselig Lächelnde glücklich Strahlende das Beifallsgeprassel über sich ergehen. Sicherlich wird sie für alle Zeiten angenehme Erinnerungen an Lübeck bewahren, wie auch die Lübecker Theaterfreunde sich gern später noch Jenny Sonnenbergs erinnern werden, die, wenn wir recht unterrichtet sind, sich in ihrer Heimat Südafrika, selbstverständlich nicht bei den Zulukaffern und Bantus, einen neuen Wirkungskreis suchen will. Unsere besten Wünsche begleiten sie.

—o—.

## Neueste Nachrichten.

### Das Urteil im Marlohprozeß bestätigt.

TU. Berlin, 25. März. Das gegen den Oberleutnant Marloh ergangene kriegsgerichtliche Urteil ist gestern von der Regierung bestätigt worden. Das Urteil, welches den Oberleutnant Marloh wegen des Befehls zur Erschießung der 29 Matrosen freisprach und ihn nur wegen unbefugter Entfernung zu einem Monat Festungshaft verurteilte, ist damit rechtskräftig geworden.

### Keine Kampfpause im Westen!

TU. Essen, 25. März. Die Kampfleitung der Roten Armee hat den am 23. ds. Mts. in Bielefeld zwischen den Vertretern der Regierung und Vertretern der Arbeiterschaft abgeschlossenen Waffenstillstand abgelehnt. Die Kämpfe nahmen gestern den ganzen Tag ihren Fortgang.

### Wesel von der Roten Armee genommen.

TU. Essen, 25. März. Die Leitung der Roten Armee läßt durch Straßenredner bekanntgeben, daß Wesel gefallen sei und die Rote Armee dort bereits ihren Einzug gehalten habe.

### Die rheinischen Separatisten.

TU. Duisburg, 25. März. Die Berliner Vorgänge sind nicht ohne Folgen auf die Abtrennungspolitik geblieben. Die Anhänger einer Rheinlandrepublik halten die augenblickliche Zeit zu einem neuen Versuch für günstig. Dr. Dorten hat Wiesbaden und Mainz besucht und Besprechungen mit Vertretern Frankreichs über die jetzt zu unternehmenden Schritte gehabt. Es wurde in Koblenz ein Werbebureau errichtet, da nicht mehr Köln, sondern diese Stadt der Ausgangspunkt der Bewegung werden soll. In allen Städten wurden wieder Versammlungen angekündigt und Flugblätter verteilt, die zur baldigen Bildung der Rheinischen Republik auffordern.

### Regierungskrisis in Ungarn.

TU. Budapest, 25. März. Infolge des Kampfes Friedrichs und seiner Anhänger gegen Huszar ist innerhalb der Regierungs-Koalition ein scharfer Konflikt ausgebrochen, der nicht nur den Zusammenbruch des christlichen Blockes, sondern auch eine Regierungskrise zur Folge haben kann. Die Kabinettsfrage soll in einer Ministerratssitzung aufgerollt werden.

### Die Kreditgewährung an Mitteleuropa.

TU. Stockholm, 25. März. Nach einer Reutermeldung finden in den nächsten Tagen in Kopenhagen Verhandlungen zwischen den Vertretern Englands und der skandinavischen Regierungen über die Kreditgewährung an Oesterreich und die anderen mitteleuropäischen Länder statt. Wie das schwedische Außenministerium mitteilt, handelt es sich dabei um Besprechungen rein vorbereitender Art.

## Geschäftliches.

**Fliedermans-Diele.** Am Freitag abend gibt die Direktion den 3 Hellas, griechischen Meistergladiatoren in höchster Vollendung, einen Ehrenabend. Die sympathischen jungen Künstler, die sich beim lübeckischen Publikum ganz außerordentlicher Beliebtheit erfreuen, werden in einer Reihe neuer Darbietungen ihr unerreichtes Können beweisen. Tischbestellungen sind rechtzeitig zu empfehlen unter Fernruf 842.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

# Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Der vorsorgenden Hausfrau empfehlen wir:

**Bohnen,** weiße . . . . . das Pfund **4,60** u. **5,20** M.
**Erbsen,** grüne, etwas abfallend im Aussehen, das Pfund **3,60** M.
„ grüne, prima Qualität . . . . . das Pfund **5,20** M.
„ gelbe, „ „ . . . . . das Pfund **5,20** M.
**Buchweizengrütze** . . . . . das Pfund **4,80** M.
**Buchweizenmehl** . . . . . das Pfund **4,20** M.
**Suppen,** verschiedene Sorten, lose und abgepackt, in den verschiedensten Preislagen.

**Noch äußerst billig:**

**Engl. Armeekonserven,** Dose, enthaltend etwa 200 Gramm Fleisch und außerdem Kartoffeln u. Bohnen . . die Dose **6,50** M.

**Nur so lange Vorrat reicht.**

**Zur Beachtung für unsere Mitglieder!** Falls einige der empfohlenen Waren in den Abgabestellen nicht vorhanden sein sollten, bitten wir zu verlangen; es wird nachgeliefert.

3519 **Der Vorstand.**

Allerlei
**entzückende Neuheiten**
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre
in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

# Zur Konfirmation

**Seiden-Batik-Pompadour • Taschentuch-Sachets und -Kästen**
**Kragen- u. Manschetten-Kästen • Nadelkissen** in orig. Ausführungen
**Bilder-Handstickerei • Nähkörbe • Untertaillen • Hemdpassen**

# Zum Osterfest

**Klöppel- und Filet-Decken • Kissen • Kaffeepuppen • Toilettkissen • Blusen** gestickt und gezeichnet **• Kuchenglocken • Nähbeutel**
**Lautenbänder**

# Rudolph Karstadt • Lübeck

## Bekanntmachung.

Bei der Lotsenstation Travemünde wird demnächst eine Lotsenstelle frei. Sie soll dann sofort besetzt werden. Die Anstellung erfolgt zunächst für ein Jahr auf Probe mit gegenseitiger einmonatiger Kündigungsfrist. Während der Probedienstzeit wird das Anfangsgehalt der Stelle monatlich nachträglich gezahlt. Das Gehalt beträgt jährlich Mk. 3510,—; steigend in 3jährigen Zeitabschnitten 6 mal um 253,50 und 1 mal um 234,— Mk. bis zum Höchstbetrage von 5265,—. Hinzu kommen die jeweiligen Teuerungszulagen, die bei den Verheirateten je nach der Kinderzahl verschieden hoch sind. Wohnungsgeld wird nicht gewährt. Für die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung sind die lübeckischen Gesetze maßgebend.

Bewerber müssen vollständig gesund und im Besitze des Zeugnisses zum Schiffer auf großer Fahrt sein. Sie sollen das 32. Lebensjahr nicht überschritten haben. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf sind bis zum 8. April 1920 einzureichen.

Lübeck, den 23. März 1920. (3529

**Der Wasserbaudirektor.**

## Volkshochschule.

3530

Die Unterrichtspläne für den neuen Unterrichtsabschnitt (April-Juni) sind erschienen und in allen Buchhandlungen sowie in der Geschäftsstelle zu haben. Preis 50 Pfg. Die Geschäftsstelle stellt die Hörerausweise wochentags von 9—1 Uhr, Montags, Freitags auch v. 5—8 Uhr aus.

## Ferienwanderungen.

29. März: Reecke—Dahmsdorf . . . . . Mk. 0,50
31. März: Hemmelsdorfer See . . . . . Mk. 0,75
7. April: Kleinmühlen (½ Tag) . . . . Mk. 0,20
9. April: Dassow—Travemünde . . . . Mk. 0,75

Dauerkarten Mk. 1,70. Teilnehmerkarten für Schüler und Schülerinnen über 10 Jahre sind zu haben bei **A. Bendowsky,** Moislinger Allee 4 a, **P. Broder,** Werderstr. 18, **W. Rein,** Mühlenstraße 75, **K. Sahlmann,** Geverdesstr. 33 und b. **Schulwärter** Hüxstraße 69.

Schluß des Kartenverkaufs 4 Tage vor der Wanderung. (3517

**Zweigel ist wieder da!**
**Kaufe**
# Alte Gebisse
**Alt-Platin-Brennstifte, Gold- und Silber-Gegenstände aller Art (auch Bruch) zu höchsten Preisen.**
**Zweigel, Lübeck**
**Laden Hüxstraße 99 Laden** (3487

Echt Rostocker
**Kautabak**
Friedensware
**große Rolle Mk. 2,—.**
**Gebr. Ungewitter.** (3485
**Brennstoff für Feuerzeuge**
**H. Vick,** Zigarrengeschäft, Untertrave 66.

Der sprechende Film!

**Stadthallen-Lichtspiele** Mühlenbrücke 13, Fernsprecher 27 19
Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze

Der sprechende Film!

**Heute letzter Tag!**

**Singfilm**
**Das alte Lied**
5 Akte.
Gesänge von Richard Wagner, Verdi, Abt, Bela Laßky, Gasteldon, Arditi u. a.

**Rigoletto**
(Der König amüsiert sich)
5 Akte. 3509
**Durchlaucht reist inkognito**
Schwank in 3 Akten.

Aufführungszeiten 4—7 und 7—10 Uhr.

**Kücknitz.**
W. Dieckelmanns Gasthof
Freitag, den 26. März:
**Tanz-Kränzchen** 3524

**Hansa-Halle.**
Morgen Freitag: (3525
**Gr. Tanzkränzchen.**

**Hansa-Theater**
3493
Donnerstag und folgende Tage:
Die große Sensation
**Der Abenteurer.**
Wild-West-Komödie von Siegfr. V. Lutz.

**Stadttheater Lübeck**
(3511
Donnerstag, den 25. März:
Schauspielgemeinde.
Rote Karten.
Anfang 7 Uhr.
**Alkestis.**
Tragödie vom Leben von Robert Prechtl.
Freitag, den 26. März:
26. Vorst. im Freitag-Abonn.
**Schahrazade.**
Sonnabend, den 27. März:
**Freischütz.**
Sonntag, den 28. März:
Anfang 2 Uhr:
3. Volksvorstellung.
Einheitspreis M. 1.—.
**Der Biberpelz.**
Eintrittskarten können gegen Vorweisung des Steuerzettels an der Kasse entnommen werden.
Anfang 6 Uhr.
**Die Meistersinger von Nürnberg.**

Tel. 1473! **Bekanntmachung!** Tel. 1473!

**Zahle für Hausstandslumpen pro Pfd. 1.00 Mk.**
**„ „ wollene Strümpfe „ „ 8-10 Mk.**
Knochen, altes Eisen, Kupfer, Messing, Blei, Zink, alte Zeitungen, Geschäftsbücher höchste Tagespreise. 3518

**Lissauer,** Kleiner Schwungen 8
Ab Montag Ankauf nur:
**26 Dankwartsgrube 26.**
Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten!

**Bilderleisten einrahmungen** 3482
Oscar Tauchnitz, Glashdlg. Fleischhauerst. 35. Fmr. 2805

**Gelegenheitskauf!**
Getragene Damen- u. Herrenuhren, Schweizer Werke, sehr neu, unter Garantie. **Trauringe,** massiv Gold in allen Karaten, sehr preiswert. **Weckeruhren, Wanduhren usw.**
**Uhrmacher,** (3456
Beckergrube 28.

**Alle Arbeiter**
kaufen gern und ihre Arbeitskleidung bei (3488
**Otto Albers**
**Markt 4 Lübeck 18**
Kgl. k. K. Spezialgeschäft

**Stockelsdorf.**
**Oeffentliche Volksversammlung**
am Freitag, dem 26. März 1920
im Gasthaus Dose. Anfang 7½ Uhr.
Thema: **Die politische Lage.**
Referent: Genosse **Degner,** Lübeck.
Freie Aussprache. (3528
**Komm. Partei Deutschl. (Spartakusbd.), Ortsgr. Lübeck.**

**Konzertino-Klub „Lübeck".**
**Sonnabend, den 27. März 1920**
# Großer Ball
**im Kolosseum.**
Kassenöffnung 6 Uhr. 3512 Anfang 6½ Uhr.

**Waisenhof** Freitag und Sonntag 3494
**Tanz.**

**Adlershorst**
**Sonntag: Tanz.** 3491

# Fledermaus
Kabarett-Diele. Fernsprecher 842.
Allabendlich 8—12 Uhr:
**Das fabelhafte März-Programm.**
Elvira Largeth
2 Mexitas
Zera Zobel
Georg Neumüller
Hellas Trio
James u. Gaby
Guido Herper
dazu Jainczikis
2 Orchester. Leitung Simon de Weille

**Täglich 4 Uhr: Mokkastunde.**
Auftreten der Künstler. Gr. Weille Konzert.

**Am Freitag, dem 26. März, abends 8 Uhr:**
**Ehren-Abend**
für die beliebten Meistergladiatoren
**Hellas Trio**
mit besonderen Darbietungen. 3495

Beilage zu Nr. 72.
27. Jahrgang.

# Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 25. März 1920

## Die Kieler Woche.

Eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse vom 13—21. März von Rudolf Schütz.

Am Sonnabend, dem 13. März cr., fuhr ich vormittags 8.45 Uhr von Schwerin nach Kiel, um meinen dort wohnenden Eltern einen Besuch abzustatten. In dem Lübecker Zuge nach Kiel hörte ich, daß nach dem Extrablatt eines Lübecker Blattes die Regierung Ebert-Bauer gestürzt worden sei und der Generallandschaftsdirektor Kapp sich als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, kurz als Diktator eingesetzt habe. Ich traf nachmittags 3.15 Uhr in Kiel ein und erfuhr am Bahnhofe, daß ich am Sonntag, dem 13. cr., über Lübeck zurück nach Schwerin kommen könnte. In Kiel herrschte bei meiner Ankunft auf den Straßen ein ziemlich bewegtes Leben. Von vorübergehenden Passanten erfuhr ich, daß die Werften und Straßenbahnen um 11 Uhr vormittags in den Streik getreten seien. Um 4 Uhr besetzte ein Teil der Arbeiterschaft die Reichswerft, nachdem um 2 Uhr auf dem Wilhelmsplatz eine große Versammlung stattgefunden hatte, in der der Mehrheitssozialist Garbe und der „Unabhängige" Schweizer gesprochen hatten. Die Arbeiterschaft der Reichswerft hatte ca. 1000 Gewehre zur Verfügung, meistens aber alte Modelle (Modell 71), wozu zum größten Teil die Munition fehlte. Hierdurch ließ sich aber die Arbeiterschaft nicht abschrecken und setzte trotzdem die Reichswerft in den Verteidigungszustand. Der Aufforderung des neuen Militärbevollmächtigten, Admiral v. Levetzow, an die Arbeiterschaft, die Reichswerft sofort zu verlassen, war diese nicht nachgekommen. Mit zwei Torpedobooten und mehreren Minensuchschiffen griff nun die Reichswehrmarine die Reichswerft an. Nach kurzem Gefecht wurde die Werft eingenommen. Auf seiten der Arbeiter waren keine Verluste zu verzeichnen. Von der Reichswehrmarine fielen der Kapitän z. S. Mönch und der Fregattenkapitän Stegemann, außerdem 4 Marineangehörige, 2 Schwerverletzte und 10 Leichtverletzte. Die Arbeiterschaft hatte beim Landen der Reichswehrtruppen keine Aussicht auf Erfolg der Verteidigung infolge des Waffenmangels und flüchtete deshalb. Verhaftungen konnten daher nicht vorgenommen werden. Um 6 Uhr abends wurde die große Versammlung im Gewerkschaftshause gesprengt und außer Garbe auch ein „unabhängiger" Redner verhaftet. Garbe wurde am Montag, dem 15. cr., wieder aus der Haft entlassen. Ob der „unabhängige" Redner entlassen wurde, konnte ich nicht erfahren. Im Laufe des Nachmittags und Abends kamen die ersten Bekanntmachungen des Militärbevollmächtigten v. Levetzow heraus, in denen er die Bevölkerung zur Ruhe mahnte.

Am Sonntag nachmittag kam abermals eine Bekanntmachung an allen Ecken und Kanten zum Vorschein, in der von L. mit Todesstrafe drohte. Hierdurch kam die Bevölkerung immer mehr in Erregung. Die Reichswehrtruppen hatten die Schiffsbaumaschinenschule, das Polizeipräsidium, das Kommandanturgebäude und die Kasernen in Richhof und in der Wyk besetzt und im weiten Bogen abgesperrt. Auf dem Bahnhof erfuhr ich am Sonntag, daß der gesamte Personenverkehr eingestellt sei. Ich konnte also nicht mehr nach Schwerin zurück und wurde nun Zeuge der ganzen Entwicklung. Auf der Post gab ich mehrere dringende Telegramme nach Schwerin auf, die entweder nicht durchgelassen sind oder aber, es ist von Schwerin nicht geantwortet und mir sind die Telegramme nicht zugestellt worden. Wie ich später erfahren habe, traf letzteres zu. Die Post in Kiel war ebenfalls von einem Kommando der Reichswehrtruppen besetzt. Am Sonnabend erschienen noch sämtliche Zeitungen, am Sonntag morgen nur noch die „Kieler Zeitung", ein demokratisches Blatt, das aber stark zensiert war. Das Erscheinen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" und der „Republik" wurde bis auf weiteres verboten. Am Sonntag nachmittag erließ der frühere Bürgermeister einen Aufruf an die Bevölkerung und gab bekannt, daß er von der neuen Regierung als Oberpräsident eingesetzt worden sei. Der frühere Oberpräsident, der Mehrheitssozialist Kürbis, war seines Postens enthoben worden, ebenfalls wurde der Polizeipräsident Poller (Soz.) in der Nacht von Sonntag auf Montag aus dem Bette heraus verhaftet und seines Postens enthoben. An seiner Stelle wurde der frühere preußische Landrat v. Loew eingesetzt. Am Montag vormittag gegen 10 Uhr wurde von Truppen der Reichswehr das Kieler Gewerkschaftshaus besetzt. Verschiedene Vorstände der Gewerkschaften mußten unter Mitnahme ihrer Akten über die Dächer flüchten.

Inzwischen hatten sich große Menschenmassen auf die Straße begeben, die durch die Altstadt nach der Brunswik zogen. Bis nachmittags war es noch ziemlich ruhig. Gegen 5 Uhr kam es jedoch an der Holstenbrücke zu einem Zusammenstoß zwischen der Reichswehr und Zivil. Es gab auf beiden Seiten Verluste. Die Reichswehr hatte 2 und das Zivil 4 Tote, außerdem waren mehrere Verwundete zu verzeichnen. Der Anlaß zu diesem Zusammenstoß war folgender: Ein Vater sah seinen Sohn, der bei der Reichswehr diente, und forderte diesen in ziemlich erregter Weise auf, sich sofort nach Hause zu begeben. Hierbei soll er seinen Sohn angefaßt haben und daraufhin von einem Offizier oder Unteroffizier niedergeschossen worden sein. Die Reichswehr versuchte nun die Holstenstraße abzusperren, doch gelang ihr dieses nicht. Es fanden Verhandlungen zwischen der Reichswehr und der Sicherheitspolizei statt, die dazu führten, daß die Reichswehr sich zurückzog und die Sicherheitspolizei den Ordnungsdienst übernahm. Im übrigen muß ich noch anführen, daß sich die Kieler Sicherheitspolizei sofort auf den Boden der alten Regierung stellte. Dieses erfuhr ich von einem Bekannten, der in der Sicherheitspolizei dient und am Montag abend von der Versammlung kam. **Die Sicherheitswehr lehnte ein Zusammenarbeiten mit der Reichswehr grundsätzlich ab** und wollte nur den Sicherheitsdienst auf der Straße versehen. Leider war der Führer der Kieler Sicherheitspolizei, Major v. Winterfeldt, anderer Ansicht. Er versuchte die Sicherheitspolizei auf seine Seite zu ziehen, um sich dann der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Glücklicherweise ist ihm dieses aber nicht gelungen. Der sogenannte Ordnungsbund gab ebenfalls durch eine Bekanntmachung kund, daß er ebenfalls nur die Ordnung aufrecht erhalten wolle. Politisch sei er völlig neutral. Ob er dieses aber war, mußte erst die Zukunft lehren. Bis Sonnabend, den 20. cr., war es noch nicht einwandfrei festzustellen. Inzwischen war auch von der General-Eisenbahn-Direktion Altona der Befehl eingegangen, nachdem der Eisenbahnpräsident Schneider in Hamburg seines Postens enthoben worden war, sämtliche Beamte und Arbeiter sollten die Arbeit niederlegen; nur die Milch sollte befördert werden. Die Eisenbahndirektion Altona gab weiter bekannt, daß sie auf dem Boden der alten Regierung stehe und den Dienst erst dann wieder aufnehmen werde, wenn die neue Regierung verschwunden wäre. Seit Montag mittag ruhte der ganze Eisenbahnverkehr. Der Magistrat der Stadt Kiel gab ebenfalls die Erklärung ab, daß er auf dem Boden der alten Regierung stehe, im Interesse der Allgemeinheit würde aber weiter gearbeitet werden; die Beamten und Angestellten wären zum größten Teil hiermit einverstanden, sofern das Rathaus nicht von Truppen der Reichswehr besetzt würde. Am Montag nachmittag gab es dann noch Schießereien in Kiel-Gaarden. Ob Verluste hierbei gewesen waren, konnte ich nicht feststellen. Im Laufe des Montags wurden auch verschiedene Bekanntmachungen „über die Lage" herausgegeben, die Aufforderung der alten Regierung zum Generalstreik, Tagung der Nationalversammlung am Dienstag, dem 16. März, in Stuttgart u. a. Die neue Regierung gab bekannt, daß sie Herr der Lage wäre und dergleichen.

Alle diese Meldungen machten die Lage noch verwirrter, als sie ohnehin schon war; keiner im Volke wußte richtig Bescheid. Am Montag abend ereignete sich noch in Kiel-Gaarden ein sehr bedauerlicher Zwischenfall. Betrunkene Reichswehrsoldaten kamen in Streit mit Passanten. Dabei ging ein Schuß los, und ein junges Mädchen wurde getroffen. Dieselbe soll nach Aussagen von Beteiligten ihren Verletzungen erlegen sein. Ein in der Kieler Straße wohnender Mann sah diesen Vorgang mit an, stürzte sich auf den Soldaten, entriß ihm das Gewehr und schlug ihn mit dem Kolben auf den Kopf, so daß derselbe lautlos zusammenbrach. Hiernach gab es wieder eine Zeitlang eine „Knallerei", bei der verschiedene Personen Verletzungen erlitten. Dieses ereignete sich ungefähr in der Zeit zwischen 5—7 Uhr.

Am Dienstag, dem 16. März war es verhältnismäßig ruhig auf den Straßen, jedenfalls ruhiger als am Montag. In der Stadt schwirrten die verschiedensten Gerüchte herum. In Hamburg sollte der Militärbevollmächtigte der neuen Regierung, Oberst v. Wangenheim, nur zwei Stunden am Ruder gewesen sein; ferner sollte es in Hamburg heftige Straßenkämpfe gegeben haben, wobei die Arbeiter Sieger geblieben waren. Von Hamburg sollten zur Befreiung Kiels Arbeiter unterwegs sein. In Kiel herrschte daher große Zuversicht, daß die neue Regierung in der allerkürzesten Zeit erledigt sein werde. Man hörte auch nur die eine Stimme im Volke, daß die Arbeit erst dann wieder aufgenommen werde, wenn Kapp und Genossen abgedankt hätten. Zu Dienstag mittag hatten die „Unabhängigen" eine Versammlung nach dem Gehölz Karlsburg anberaumt. Diese wurde jedoch von der Reichswehr gesprengt. In den späten Nachmittagsstunden (5—6 Uhr) gab es ein großes Gewoge von Menschen in der Holstenstraße, Holstenbrücke, Neumarkt usw. Die Reichswehr besetzte den Neuen Markt und stellte vor dem Rathause ca. 15 Maschinengewehre auf. Die Menge hütete sich aber, mit der Reichswehr in Konflikt zu geraten. Es war nämlich inzwischen eine Nachricht eingegangen, daß Truppen der alten Regierung Neumünster besetzt hätten und nur Verstärkungen aus Schleswig und Rendsburg abwarteten, um dann nach Kiel zu marschieren. Truppen der Loewenfeld-Brigade sollten unterwegs zwischen Neumünster und Elmshorst entwaffnet worden sein. Nachprüfen konnte man diese Meldungen ja nicht, nur das eine fiel auf, daß die Reichswehr fieberhaft tätig war, um Kiel außerhalb zu befestigen. Im allgemeinen verlief der Dienstag selbst ruhig. Es fiel nur hin und wieder einmal ein Schuß. Beim Kleinen Kiel wurde ohne besondere Ursache von einem ganz jungen Menschen der Reichswehr in die Menge geschossen, und sind hierbei leider einige Personen verletzt worden. Von Marineangehörigen hörte ich, daß die alte Marine (Minensuchflottille) treu zur alten Regierung stehe und nur auf den Angriff von außerhalb warte, um dann ebenfalls gegen die Kappschen Truppen zu kämpfen. Abends kam dann noch eine Meldung, wonach Kapp bereits abgedankt haben sollte. Die Nacht von Dienstag auf Mittwoch war ruhig.

Am Mittwoch, dem 17. cr., trafen zum ersten Male die ersten zuverlässigen Berichte von außerhalb ein. Ein Bericht, anscheinend vom „Hamburger Echo", schilderte in klarer Uebersicht, wie es in vielen Städten aussah. Hiernach befanden sich die meisten Gegenden des Reiches fest in Händen der alten Regierung. Diese Nachricht erfüllte den größten Teil der Kieler Bevölkerung mit großer Zuversicht. Allgemein herrschte die Ansicht vor, daß es für Kiel nur noch eine Frage von Stunden oder höchstens einen Tag sein könne, daß auch in Kiel die Kappsche Herrschaft zu Ende sei. Die politischen Parteien traten nunmehr zusammen und es wurde folgender Beschluß an den Admiral v. Levetzow gerichtet:

Es wird zunächst verlangt:

1. Freilassung aller seit dem 13. aus Anlaß der politischen Unruhen verhafteter Personen;
2. Bedingungsloser Rücktritt des Gouverneurs v. Levetzow und der Herren Major v. Winterfeldt, Lindemann und von Loew;
3. die Befehlsgewalt des Gouverneurs geht auf den Zeitungsverleger Hyronimus über. Dem wird ein Beirat zur Seite gestellt bestehend aus den Herren Garbe, Spiegel (Soz.), Guth (Unabh.), Hoff (Dem.), Schröter (Vollsp.) und aus den militärischen Beratern Ahlholdt, Engelmann, Draeger und Jansen. Dieser Beschluß wird unverzüglich dem Gouverneur übermittelt.

Nach Herstellung obiger Bedingungen wird die Arbeit sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Kiel, 17. März 1920.

Vertreter der Arbeiter- und Bürgerschaft.

Zunächst war der Admiral v. Levetzow zum Magistrat beordert worden, kam jedoch nicht, sondern in später Abendstunde erschien der Adjutant Levetzows, um mit den Vertretern der Bürgerschaft zu verhandeln. Der Adjutant gab bekannt, daß v. Levetzow von der alten Regierung eingesetzt worden sei und nur dann zurücktreten werde, wenn er seinen Rücktritt von der alten Regierung erhalte. Das hieß auf deutsch: er versuchte die Sache in die Länge zu ziehen. Abends kam die telegraphische Nachricht aus Berlin, daß die Regierung Kapp gestürzt sei. Scharen von Menschen zogen nach dem Gewerkschaftshause, gab diese Nachricht an die Truppen der Reichswehr, die die Maschinenbauschule besetzt hielten, weiter und empfahlen diesen, noch in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag gefälligst zu verschwinden. Leider hat die Reichswehr diese Ratschläge nicht befolgt, trotzdem sie schon in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch die Werften geräumt hatte.

(Schluß folgt.)

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 25. März.

### Reichseisenbahn und die Hansestädte, insbesondere Lübeck.

Die Verhandlungen zwischen dem Reiche und den Ländern, die Besitzer von Eisenbahnen sind, zwecks Uebernahme dieser Bahnen auf das Reich sind zum Abschluß gekommen und zwar unter sehr günstigen Bedingungen für diese Länder. Die Länder werden von ihren Staatsschulden befreit, werden Sitz einer Reichseisenbahnverkehrszentrale, deren Stellen vorwiegend mit Landeskindern besetzt werden, und erhalten damit Einfluß auf alle Bau-, Verkehrs- und Betriebsfragen. Zu diesen Verhandlungen hat man bedauerlicherweise die Länder ohne Eisenbahnbesitz nicht zugezogen. Würde nun das Abkommen zwischen dem Reich und den Eisenbahnländern durch die Nationalversammlung genehmigt, dann würden für die weitere Zukunft wie seither die Länder ohne Eisenbahnbesitz ohne jeglichen Einfluß auf den Verkehr sein und müßten noch obendrein die Staatsschulden der Eisenbahnländer mit bezahlen helfen. Die Heranziehung aller Länder zu den reinen Eisenbahnschulden der

## Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

7. Fortsetzung.

Sepherl teilte auch mit Helene die neidische Bewunderung des Sternsteinhofes, während alle andern da unten am Fuße des Hügels sich mit dem gotteingesetzten Unterschiede zwischen Reich und Arm zufrieden gaben und von keinem Wünschhütchen träumten, das sie auf den Gipfel versetzen könnte.

Sepherl war schon zu öfteren Malen auf dem reichen Hofe gewesen, sie hatte dort eine alte Base, die, seit dem vor Jahren erfolgten Tode der Bäuerin, dem Hauswesen vorstand; diese brave Schaffnerin tat sich nicht wenig auf ihre Bedeutung zugute, schätzte aber ganz richtig, daß sie selbe nur dem mächtig' großen Anwesen verdanke und ließ sich bei günstiger Gelegenheit gerne dazu herbei, ein oder das andere Dorfkind darauf herumzuführen und zu verblüffen. Ein paarmal hatten die beiden Dirnen die Alte aufgesucht, ohne mehr als deren allerdings wohnliches Stübchen vom ganzen, großen Sternsteinhof gesehen zu haben, dann aber wurden sie auf den nächsten Sonntag nachmittag geladen, wo die Herrenleute „aus" sein würden und auch wenig Gesinde sich daheim verhalten werde.

Es war ein sonniger Herbstnachmittag, an dem die beiden Dirnen in Begleitung Muckerls längs des Baches durch das Dorf schritten, bis wo in der Mitte desselben, der Kirche gegenüber, die Brücke über das Wasser und auf den Weg führte, der zum Sternsteinhof hinanstieg.

„B'hüt Dich Gott, Muckerl," sagten die beiden, denn der war nicht geladen worden, und ihn mitbringen, wäre eine Unhöflichkeit gewesen. „B'hüt' Dich Gott und lass' Dir unterdess' die Zeit nit lang werden."

„Habt derwegen kein' Sorg'," sagte er, indem er sich auf das Brückengeländer stützte. „Unterhaltet Euch gut."

Helen' war boshaft genug, ihm ein „Auch so viel" zuzurufen, dann eilten die Dirnen mit flinken Füßen den Hügel hinan.

„Wirst sehen, Helen'," keuchte Sepherl, der es nicht gelingen wollte, den halben Schritt, den sie gegen die Kameradin zurückblieb, einzubringen. „Wirst sehen, wie viel und was 's all's da oben gibt; ganz weg wirst sein darüber."

Helene lächelte mit den geöffneten Lippen, zwischen denen sie im raschen Gehen die Luft einsog. Sie nahm sich vor, nicht „ganz weg" zu sein.

Aber was sind menschliche Vorsätze ungekannten und ungeahnten Eindrücken gegenüber? Die alte Schaffnerin empfing die beiden Mädchen mit herablassender Freundlichkeit, bewirtete sie mit einer Schale Kaffee, ein seltenes Getränk für Leute von da unten, das sollte die richtige Stimmung hervorrufen, denn leerer Magen macht trübe Augen, dann ging es an's „Umsehen".

Bei Sepherl war dabei nichts Neues zu sehen, sie schenkte all' dem Aufgezeigten und Vorgewiesenen einen flüchtigen Blick — wobei ihre Augen immer noch verwundert genug taten, um die ehrgeizige Frau Base bei guter Laune zu erhalten, — und machte sich das Vergnügen, auf Helenens Gesicht zu achten; diese brauchte sich Anfangs gar nicht Gewalt anzutun, um das gleichgültigste von der Welt beizubehalten, denn als es im Erdgeschosse durch die Gesindestuben ging, fand sie eben nur mehr Stuben und mehr Hausrat auf einem Flecke, als sie sonst Gelegenheit hatte, beisammen zu sehen, indeß weder die einen noch der andere vom Gewohnten sich unterschieden. Als sie aber über den Hof nach den Wirtschaftsgebäuden folgte, die mit den blanken handlichsten Geräten, ja mit Maschinen vollbestellt waren, zu deren Gebrauchserklärung sie allerdings noch stolz mit dem Kopfe nickte und ein erheucheltes Verständnis murmelte, als sie an den Scheuern mit den aufgehäuften Vorräten vorbeikam und im Geflügelhofe Hunderte von girrend, krähend, quackend und kollernd sich brüstenden Tieren sie wirre machten und als sie endlich in den übergroßen Ställen vor einer ganzen Herde Vieh stand, ein Stück immer schöner als das andere, da waren ihre Augen denn doch allmählich größer geworden und befangen schlich sie nebenher, als es zurück nach dem Wohnhause ging, dessen Oberstock nun erstiegen ward.

Was sie da sah, als sie mit eingehaltenem Atem von Stube zu Stube ging, am Notwendigsten in ausgesuchter Form und an Entbehrlichem, das breit, wie hier nicht zu entraten, an seinem Orte stand, der reiche Vorrat an Wäsche und Kleidern, der ihr einen halblauten Schrei der Verwunderung erpreßte, als die Schaffnerin die Schränke aufschloß, der große versperrte Schrank, dem sie einen scheuen Blick zuwarf, als sie hörte, er wäre bis ans oberste Fach mit reichem Geschirr und Silbergeräte angefüllt, endlich die eiserne Kasse, der weder ein Dieb, noch das Feuer ankonnte, worin der Bauer bar mehr liegen hatte, als alle Dörfler da unten zusammen mit Häusern und Gründen schwer waren, und vor der sie andächtig die Hände faltete, all' das verschmolz in ihr zu einem Bilde der Macht und Herrlichkeit des Reichtums.

Gedrückt und verschüchtert verließ sie das Haus und atmete froh auf, als es nach dem Garten ging. Die beiden Dirnen wurden übrigens von der Alten auch nur dahin geführt, weil sie dort, von einer großen Rebenlaube aus, am schönsten weisen ließ, was für Liegenschaften zum Sternsteinhofe gehörten. Es war viel Grund und Boden, aber den Eindruck ausschließlichen Besitzes machte er doch nicht, er reichte nicht, bis wo Himmel und Erde in eins verschwammen und rings lag doch auch viel fremdes Eigentum.

Die Schaffnerin setzte den Dirnen noch ein Gläschen Wein vor, damit diese, wie sie wohlwollend bemerkte, wieder zu Leben kämen, dann entließ sie die beiden, sehr zufrieden darüber, ihnen Anlaß gegeben zu haben, das weniger als je zu sein.

Eine gute Strecke legten die Mädchen schweigend zurück, dann blieb Helene stehen und sah nach dem Hofe. „Hast Recht g'habt, Sepherl, sagte sie, „man kann wirklich ganz weg sein."

„Gelt ja?" sagte die.

„Denk nur," fuhr Helene fort, „die, welche 'mal den Bub'n vom Sternsteinhof-Bauer kriegt, . . . er hat ja wohl nur den ein'n?"

„Wie D' fragen magst! Freilich, nur 'n Toni."

„Die den einmal kriegt und da oben hinauf zu sitzen kommt, die muß's schon so gut haben, wie's kein' Prinzessin auch nit besser haben kann."

„Pah, was D' red'st! Einer Prinzessin, die g'wöhnt is, vom goldenen Geschirr zu essen und daß die Soldaten vor ihr G'wehr h'raus' schreien, der fehlet noch viel! Meinst denn, so a recht a reiche Bauerstochter bekäm' da sonderlich mehr unter d'Händ', als s' von ihr's Vaters Hof her g'wöhnt is? So arme Menscher, wie wir, glauben sich dort freilich wie im Himmelreich, aber von uns kommt keine h'nauf."

„Schwerlich," seufzte Helen'.

„Gar nit, sag' ich Dir! Du denk'st nit, wie stolz die allzwei sein, der Alte wie der Junge. Kein' Dirn' im Ort, so viel wir ihrer auch sein, halt' der Toni auch nur des Dank's für's Grüßen wert."

„Da g'schieht nur denen recht, die ihn anred'n," rief Helen', „ich grüß ihn nit!"

„Und wenn er sich ja unterstünd'," fuhr Sepherl fort, „auf unser eine ein Aug' z'werfen, sein Vater schlüg' ihm allzwei aus'm Kopf."

„G'schäh ihm so wegen mir, — Gott verzeih' mir d'Sünd, — aber ich könnt's zufrieden sein, dann müßt's der Alte trotz'm Sternsteinhof billiger geben, und um den nähm' ich auch 'n blinden Toni."

„Pfui, wie Du auch nur so grauslich daherreden magst, wo Du doch schon für Dein' Teil ein' Bub'n hast, auf den D' stolz sein kannst! Der Toni vom Sternsteinhof, wie reich er is, stellt sein' Tag nix vor als ein' Bauern, geg'n den is wohl der Kleebinder Muckerl ein ganz anderer. Dazu is der hochmütige Sternsteinler — wann D' ihn Dir je von der Näh' betracht' hast, mußt mir recht geben — weitaus nit der Schönste und Stärkste und er kann doch wahrlich nit, wie der Muckerl, was ihm an Kräftigkeit und Hübscheit fehlt, ausgleichen durch sein' Künstlichkeit und sein' Brauheit und sein' Gutheit."

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbahnländer ist gerechtfertigt; denn diese Länder haben die Aufwendungen im Interesse der Allgemeinheit gemacht. Nicht gerechtfertigt ist aber die Heranziehung der eisenbahnlosen Länder zu den übrigen Staatsschulden der Eisenbahnen besitzenden Länder.

Aber abgesehen davon, wäre allein schon die Ausschaltung der eisenbahnlosen Länder von jeglichem Einfluß auf den Verkehr ein Unrecht, das das Reich nicht verantworten kann. Dies trifft in besonderem Maße für die Hansestädte zu. Haben doch die Hansestädte im Interesse des Eisenbahnverkehrs so große Aufwendungen aus eigenen Mitteln gemacht, daß sie sich unbedingt das Recht auf Mitbestimmung in den zukünftigen Eisenbahnfragen erworben haben, und daß das Reich den Wünschen der Hansestädte bezüglich der Eisenbahnfragen mehr nachkommt als es bisher Preußen tat.

Will man diese Wünsche verstehen, dann muß man erst die Bedeutung der Hansestädte für die Eisenbahnen kennen. Allgemein bilden die Hafenbahnen der Seehäfen Endstellen der Eisenbahn. Das Gut wird hier entweder von der Bahn aufgenommen oder abgegeben, aber nicht durchgeführt. Die Bahn trifft sich hier mit zwei anderen Verkehrsarten, dem See- und dem Binnenschiffsverkehr. Durch den Uebergang der Waren vom Wasser- zum Schienenweg und umgekehrt wird der Bahnverkehr ganz außerordentlich belebt. Da in den Seehäfen die Ein- und Ausfuhr vor sich geht, d. h. die Verbindung des Inlandes mit dem Auslande bewerkstelligt wird, so erhalten die Hafenbahnen in gewissem Sinne einen internationalen Charakter. Dadurch ist ohne Zweifel gekennzeichnet, daß die Hafenbahnen nicht als lokale Bahnen, sondern als Einrichtungen im allgemeinen Interesse aufzufassen sind. Deshalb ist es auch nicht angängig, daß diese Bahnen etwa als Privatanschlüsse an die Hauptbahn angesehen und behandelt werden. Sie müssen vielmehr als die bedeutendsten Glieder des gesamten Bahnnetzes gewertet werden.

Nun bringen es die Seehäfen als Knotenpunkte des Seeverkehrs, des Binnenwasserverkehrs und des Eisenbahnverkehrs mit sich, daß in bau-, betriebs- und verkehrstechnischer Hinsicht Anforderungen an die Eisenbahn gestellt werden, denen nur eine Eisenbahnzentralverwaltung gerecht werden kann, die in der betreffenden Hafenstadt ihren Sitz hat. Denn nur eine solche Zentrale ist in der Lage, die für das Wohl des gesamten Wirtschaftslebens des Reiches notwendigen Anordnungen zu treffen. Es ist ausgeschlossen, daß eine Zentrale, die im Binnenlande liegt, die Fähigkeit hat, die Bedürfnisse einer Hansestadt auf dem Eisenbahngebiet richtig zu beurteilen und ihnen gerecht zu werden.

Es ist kein Zufall, daß die Seehäfen Königsberg, Danzig und Stettin s. Zt. Eisenbahndirektionen erhielten. Deshalb ist es auch für Lübeck — und gleiches gilt natürlich auch für die anderen Hansestädte — eine **unbedingte Notwendigkeit, daß es nach Uebergang der Lübeck-Büchener Bahn auf das Reich eine Zentralverwaltung der Eisenbahn** erhält und daß die Hafenbahnen in das Reichseisenbahnnetz eingegliedert werden.

Lübeck hat bis jetzt noch seine Zentralverwaltung in der Direktion der Lübeck-Büchener Bahn gehabt, was sich für den Hafen als außerordentlich vorteilhaft erwiesen hat. Es wäre für Lübeck eine große Schädigung, wenn ihm die Zentralstelle durch den Uebergang der Bahnen an das Reich genommen würde. Das Reich muß dann auch die Betriebsführung ohne weitere Belastung der Güter übernehmen. Die der Eisenbahn dadurch entstehenden Kosten sind zu decken aus den Abfertigungsgebühren und den Streckeneinnahmen, d. h. die Kostendeckung muß auf derselben Grundlage geschehen, wie bei den Güterbahnhöfen des Eisenbahnnetzes. Dadurch wird das Reich im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens den Seehäfen den starken Konkurrenzkampf erleichtern.

•

**Teuerungszulagen für Landarbeiter.** Achtung Landarbeiter! Am 10. März wurde für die Provinz und den Freistaat Lübeck zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Landarbeiterverband folgende Teurungszulage vereinbart: 1. männliche verheiratete Arbeiter 2 Mark täglich. 2. männliche unverheiratete Arbeiter 1 Mk. täglich. 3. unverheiratete männliche Arbeiter unter 16 Jahren 50 Pfg. täglich. 4. Frauen und Mädchen, die melken und den ganzen Tag beschäftigt sind 1,50 Mk. täglich. 5. Frauen, die den ganzen Tag beschäftigt sind, ohne Melken 1 Mark. 6. Frauen, die nur melken 50 Pfg. 7. Hausmädchen 1 Mark. Die Teurungszulage ist auf den Arbeitstag bezw. die Arbeitsstunden zu berechnen. Diese Zulagen werden ab 1. März gezahlt. Die alten Teurungszulagen bleiben bestehen. Zur Beseitigung etwaiger Unklarheiten wird von der Vertretung der Arbeitgeber erklärt, daß die Deputate, insbesondere die Milch, den im Tarif abgemachten alten Preis für die Dauer des Tarifs behalten, also die Differenz seitens des Arbeitgebers zu zahlen ist. Da es der Gauleitung durch den Militärputsch leider unmöglich geworden ist, den Tarifvertrag zum 1. April abschließen zu können, bitten wir die Landarbeiter und -arbeiterinnen, sich zu gedulden, auch wenn der Tarif erst einige Tage nach dem 1. April veröffentlicht werden sollte. Der Landarbeiterverband. J. A.: Leers.

# Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Zur Behebung der Wohnungsnot. Die Wohnungsnot hat sich in Hamburg noch nicht gebessert, sie ist eher größer geworden. Wenn auch nach vielen Schwierigkeiten in der Stadt Hamburg im Laufe des letzten Jahres zirka 3400 Wohngelegenheiten teils neu geschaffen, teils durch Einrichtung früherer Wohnungen wieder hergerichtet wurden, so ist der vorhandene Bedarf bei einer Zahl von 12 000 Wohnungsuchenden, darunter 9000 dringlich Wohnungbedürftigen, naturgemäß bei weitem nicht gedeckt. Es müssen auch weiterhin alle Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, die geeignet sind, neue Wohnungen zu schaffen. Als vorläufige Mittel zur Schaffung von Wohnungen bleiben der Einbau von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden, die Zurückgewinnung gewerblich benutzter Wohnungen für Wohnzwecke und die Zwangseinquartierung. Die Zwangseinquartierung ist zwar ein hartes und überaus unerfreuliches Mittel, aber für den Staat das allerbilligste und zugleich auch das schnellste zur Unterbringung Wohnungsbedürftiger. Auf schnelle Hilfe kommt es an. So sehr auch das Widerstreben der von der Zwangseinquartierung betroffenen Wohnungsinhaber zu verstehen ist, so dringlich muß ihnen entgegengehalten werden, daß es **die einfachste und selbstverständlichste Menschenpflicht ist, dem Nächsten in der Not ein Obdach zu gewähren.** Es hat sich auch gezeigt, daß bei beiderseitigem guten Willen ein durchaus erträgliches Zusammenleben möglich ist. Die Besichtigung der Einzelhäuser ist im wesentlichen durchgeführt, wenn auch ein großer Teil der beschlagnahmten Räume noch der Bewohner harrt. Es soll nunmehr mit der Besichtigung der Etagenwohnungen begonnen werden. **Es sollen alle Wohnungen von 4 und mehr Zimmern, soweit sie nicht genügend bewohnt werden, zur Herrichtung von Notwohnungen herangezogen werden.** Beschlagnahmefähig sind alle Räume, die über die um 1 vermehrte Zahl der gegenwärtigen Bewohner hinausgehen. Bei einer 6-Zimmer-Wohnung und zwei Bewohnern also zum Beispiel drei Zimmer.

**Neumünster.** Museumsraub. Das städtische Museum wurde gewaltsam geöffnet und beraubt. Es fehlen hunderte von Gegenständen an Altertümern aus Schleswig-Holstein, hergestellt aus Gold, Silber und sonstigen Metallen und Materialien. Der Schaden ist sehr groß und unersetzlich. Von den Einbrechern und dem Verbleib der Sammlung fehlt jede Spur.

**Rendsburg.** Politischer Mord? Der Gutsbesitzer Henneberg, Hohenholt, im Kreise Eckernförde, wurde nachts 2 Uhr von einem Trupp, der vorgab, nach Waffen suchen zu wollen, geweckt und als er hinter der Tür stand, durch eine Gewehrsalve durch die Tür erschossen. Die Täter sind unerkannt entkommen. Der Ermordete war Provinzialvorsitzender des Bundes der Landwirte und früher preußischer Landtagsabgeordneter.

**Wilster.** Ermordet. In der Nacht ermordete die anscheinend geistesgestörte Frau des Klempners Olm ihre beiden im Bett liegenden Töchter im Alter von acht und sechs Jahren, indem sie ihnen die Kehlen durchschnitt. Dann durchschnitt sie sich selbst die Pulsadern und ertränkte sich in der Wilsterau.

# Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

### Teuerungszulagen für die Beamten.

Wie verlautet, erhalten die Reichsbeamten am 1. April d. J. ohne Rücksicht auf die in Vorbereitung befindliche Beamtenbesoldungsreform neben ihrem Gehalt die um 150 Prozent erhöhten Teuerungszulagen und Kinderzulagen als Vorschuß auf die ihnen nach der neuen Besoldungsordnung zu gewährenden Bezüge. Wie steht es nun mit den Gehältern der lübeckischen Staatsbeamten und Angestellten städtischer Bureaus? In dem Punkte „Gehalt" hat Lübeck sich bisher noch immer nach dem Beispiel Preußens gerichtet. Im Interesse der ganzen Sache wäre es daher angebracht, wenn der Senat in dieser Angelegenheit unverzüglich Schritte unternehmen wollte. Die jetzigen Gehälter der Staatsbeamten und Angestellten sind durch die täglich teurer werdenden Verhältnisse längst überholt und bleiben gegenüber Gehältern anderer Organisationen immer noch weit zurück. Hoffentlich bleiben diese Zeilen nicht ohne Wirkung auf den Lübecker Senat, zum Segen der ganzen lübeckischen Beamtenschaft und Angestellten.

Ein Staatsangestellter.

Noch immer warten die in englischer Gefangenschaft gewesenen Kriegsgefangenen auf ihr so mühevoll verdientes Arbeitsgeld. Es wurde damals schon Anweisung gegeben, das Geld auszubezahlen, aber noch heute warten wir vergebens darauf. Wo sind die Vereine, die sich es zur Aufgabe gemacht hatten, dafür Sorge zu tragen, uns unverzüglich aus der Gefangenschaft zurückzubekommen und uns zu helfen? Wo bleiben die Vereine, die uns während der Kriegsjahre mit Reden anfeuerten, wir sollten aushalten, der Dank des Vaterlandes würde uns nie versagt bleiben? Diesen Dank haben wir auch schon gespürt insofern, als wir einige Tage nach der Rückkehr mit einem Steuerzettel beglückt wurden. Die Steuerbehörde verlangt unverzüglich das Geld, aber die Militärbehörde sieht sich nicht veranlaßt, uns unser Geld auszubezahlen, trotzdem wir bald ein halbes Jahr in der Heimat sind. Wir gebrauchen unbedingt unser Geld, gezwungen durch die schlechten Wirtschaftsverhältnisse verbunden mit der dauernden Preissteigerung, für Neuanschaffung. Es wäre daher angebracht, das Arbeitsgeld unverzüglich auszubezahlen. Auch möchte ich die Vereine darauf aufmerksam machen, die nötigen Schritte hierfür zu unternehmen.

Ein Kriegsgefangener.

# Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 25. Heft vom 1. Band des 38. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Unsere Lage — Und —? Von F. Staudinger (Darmstadt). — Politik des Unrentablen. Von Herbert Lepere. — Der Entwurf zum ersten Reichsschulgesetz. Von Oberlehrer Dr. Erich Witte. — Neue Schriften über Sozialismus und Verwandtes. Angezeigt von Karl Vorländer. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.


## Fleischausgabe.

In der Woche vom 22. bis 28. März 1920 werden auf die Reichsfleischkarte für erwachsene Personen

**200 Gr. frisches Fleisch oder**
**100 Gr. amerikanisches Schweinefleisch,**

für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte ausgegeben. Der Preis für 100 Gramm amerikanisches Schweinefleisch beträgt Mk. 2,75.

Falls eine der beiden genannten Fleischsorten bereits ausverkauft sein sollte, muß die andere noch verbleibende Sorte entnommen werden.

Ferner gelangt Frischwurst soweit vorrätig zur Ausgabe.

Der vorstehend festgesetzte Preis ist Höchstpreis im Sinne des Höchstpreisgesetzes; seine Ueberschreitung wird auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1919 bestraft.

Militärpersonen, Besucher und zurückkehrende Kriegsgefangene erhalten ihre Fleischwaren bei dem Schlachtermeister **H. Meincke**, Schüsselbuden Nr. 30, und **Josef Paatsch**, Holstenstr. Nr. 22.

Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zustehende Frischfleisch ist nur bei dem Schlachtermeister **August Hellmann**, Johannisstraße Nr. 17/19, zu entnehmen.

Lübeck, den 24. März 1920. (3491

**Das Landesversorgungsamt.**

## Verkauf von Auslandszucker.

Es wird hierdurch bekanntgegeben, daß in der Zeit vom Freitag, dem 26. März 1920 bis Sonnabend, den 3. April 1920 auf den Abschnitt 212 der Warenkarte und auf den Abschnitt „2 Warenkarte" der für die Woche vom 29. März bis 4. April 1920 gültigen ganzen Wochenkarte

**½ Pfund Auslandszucker**

zum Preise von Mk. 5.— für ½ Pfund

verabfolgt und entnommen werden kann.

**Der Zucker ist bei dem Kleinhändler zu kaufen, dessen Namen die Bezugskarte für Zucker trägt.**

Die Kleinhändler haben die gesammelten Abschnitte, auf Klebebogen aufgeklebt, spätestens am Mittwoch, dem 7. April 1920 bei der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes, Breite Straße 65 I, Zimmer 1, einzureichen.

Der festgesetzte Preis für diesen Auslandszucker gilt als Höchstpreis im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Die Bekanntmachung des Landesversorgungsamtes vom 1. Februar 1920 betr. die „Höchstpreise für Verbrauchszucker" findet auf diesen Auslandszucker keine Anwendung.

Lübeck, den 26. März 1920. (3492

**Das Landesversorgungsamt.**

2 la. Dam.-Tücht., 6 Serv., 2 eleg. send. Blüse, Gr. 44, 2 Kleiderröcke, schw. u. bl. pr. Stoff, alles neu, z. verk. 3513 Schnittr. 18 b, I.

Fast neue Zuber zu verkaufen. (3516 Lützowstraße 11c, I.

Zu verk. 1 messing. 3-arm. Gas-Kronleuchter b. besehen v. abends 5 Uhr an. (3507 Lottwigstr. 55, p.

Schultränzel, led. Frühstückstasche, Handarbeitskorb, div. Volksschulb. z. verk. Gr. Burgstr. 11, pt. lks. (3515

## Ausgabe von Olivenöl.

In der Zeit von Freitag, den 26. März bis einschließlich Sonnabend, den 3. April 1920 gelangt Olivenöl an die Bevölkerung zur Ausgabe.

Auf jedes Lebensmittelkartenheft und auf jede Lebensmittelkarte können auf den Abschnitt 213 der Warenkarte

**50 Gramm Olivenöl**

zum Preise von Mk. 2.— für 50 Gramm

verabfolgt und entnommen werden.

Die Ausgabe erfolgt an Personen mit dem Anfangsbuchstaben

A—G von Freitag, den 26. bis einschl. Montag, den 29. März 1920
H—P von Dienstag, den 30. bis einschl. Mittwoch, den 31. März 1920
Q—Z von Donnerstag, den 1. bis einschl. Sonnabend, den 3. April 1920.

Das Olivenöl ist in nachstehenden Geschäften erhältlich:

**Begasse, Gebr.**, Sandstraße 22
**Begasse, Gebr.**, Uhlandstraße 7
**Brincker, Rud.**, Hüxtertor-Allee 5
**Karnatz, Hans**, Moislinger Allee 2
**Konsumverein für Lübeck u. Umg.** in sämtlichen Verkaufsstellen
**Möller, Wilh.**, Moislinger Allee 57 a
**Roeper, L.**, Königstraße 75
**Schwedt, Franz**, Große Burgstraße 29/31
**Hack, Rich.**, Kottwitzstraße 39
**Iter, H. J.**, Schwartauer Allee 34
**Volkstaedt, Fr.**, Beckergrube 35

Personen in den Orten Moisling, Vorwerk, Schlutup, Travemünde, Siems, Kücknitz, Niendorf und Mootgarten, die nicht bei dem Konsumverein eingetragen sind, erhalten Olivenöl gleichfalls in den Verkaufsstellen des Konsumvereins.

Die gesammelten Abschnitte sind, auf Klebebogen aufgeklebt, der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 66, 1, Zimmer 3, bis spätestens Freitag, den 9. April 1920, einzureichen.

Der vorstehend festgesetzte Preis ist Höchstpreis im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Ueberschreitung wird auf Grund der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1919 bestraft.

Lübeck, den 25. März 1920. (3490

**Das Landesversorgungsamt.**

**Tüchtige Bootbauer u. Tischler, eventl. auch Stellmacher,** (3501

die schon im Bootbau tätig waren, für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst zu sofort gesucht.

**Staack & Suhling,**
Yacht- und Bootswerft. Kottwitzstraße 4/6.

**Maurergesellen** (3506

für Neubauten Arbeiterkolonie Kücknitz gesucht.
**H. Wandtke & Sohn, Geibelplatz 21.**

## Offentl. Verdingung.

Die Ausführung der **Malerarbeiten zum Neubau von 48 Kleinwohnungen an der Ziegelstraße hinter der Haushaltungsschule** soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am **Donnerstag, d. 1. April 1920, mittags 12 Uhr** im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlage an das Bauamt einzureichen.

Lieferungsverzeichnisse u. Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. (3489

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Lübeck, d. 24. März 1920.

**Das Bauamt,**
Abt. Hochbau.

**Die Anwohner des Kirchhofs in Rensefeld**

werden aufgefordert, Vorkehrungen zu treffen, daß ihre **Hühner** nicht mehr auf den Friedhof kommen. Es wird Gift ausgelegt und auch in jeder anderen Weise unnachsichtlich vorgegangen werden.

**Rensefeld,**
den 23. März 1920. (3508
**Der Gemeindekirchenrat.**

**Heinrich Möller**
**Elisabeth Möller**
geb. Räling
Vermählte.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten und Geschenke danken (3499) D. O.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Kinder danken herzlich **H. Wieske** u. Frau u. Sohn u. Tochter. Rensefeld. (3498

Handkoffer zu verkaufen, pass. für Monteure, z. bes. 4—7 Uhr. (3500 Vorbeckstraße 22, I.

Ein Kachelofen zu verkaufen. 3505 Adolfstr. 2 f.

Statt jeder besonderen Meldung.

Nach langen, in großer Geduld getragenen Leiden entschlief am 24. d. M. meine liebe Frau, unsere herzliebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

**Lina Jungnickel**

geb. Prüßing
im 58. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
**Ernst Jungnickel.**
**Erna Jungnickel.**
**Arthur Jungnickel u. Frau gb. Utesch.**
**Wilh. Lempke u. Frau gb. Jungnickel.**

Beerdigung Sonnabend, 27. 3., Trauerfeier 2¼ Uhr Vorwerker Friedhof. (3514

**Sozialdemokr. Verein**

Am 20. 3. starb unser Genosse

**Josef Simon.**

Ehre seinem Andenken.

Beerdigung am 26. März, nachm. 2½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.

3526) **Der Vorstand.**

Ges. e. gr. Schulmädch. b. 2 Kd. v. 3 u. 4 Jahr. für nachmittags.
Lübbers, Schneider,
3502) Vorbeckstr. 16.

Kl. 2-Z.-Wohn. gegen 3-Z.-Wohn. z. tauschen ges. 3496) Hüxstr. 105.

Zu verk. 2 Schülermützen Mittelschule Kl. 6, Gr. 51 und 52. (3510 Füchtingstr. 27, pt.

Weicher Konfirm.-Hut u. fein. Klappkragen, Gr. 34, 1-fl. Gaskocher, Gardinenkasten, 1 Gesellenkoffer zu verkaufen. (3528 Böttcherstr. 18, II.

Fast neuer Klappsportwagen mit Verdeck zu verkaufen. (3497 Alt-Rensefeld Nr. 8.

Gut erh. Plüschgarnitur zu kaufen ges. (3501 Pegelaustr. 8 a II.

**Eichenes Brett,**
gesund, mindestens zolldick, zu kaufen gesucht. Angeb. unt. B L 8 an d. Exp. (3521

Zu kaufen ges. guterhalt. Anzug, mittl. Größe.
3520 Gerberstr. 7.

Kleiderschrank zu kaufen gesucht. (3506 Attendornstr. 57, III.

## Oeffentliche Versteigerung.

Am Freitag, dem 26. d. Mts., vorm. 9 Uhr, sollen in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses versteigert werden:

**1 gr. Partie Hausstandssachen, darunter: 1 mahag. Garnitur, alter mahag. Tisch m. Löwenklauen, großer Pfeilerspiegel, kl. Spiegel, Tische, Stühle, Kleider- und Eckschränke, Küchenschrank, Wäschemangel, Oelgemälde, Aquarelle, neue u. alte, Porzellangeschirr, Uhren, für Konfirmanden passend, Sofa mit Umbau, 6 Hühner, Schäferhund, Kaninchen u. Kaninchenställe, Kleidungsstücke u. v. a. m.** 3488

**Das Gerichtsvollzieheramt.**

**Spiralbohrer**
W. S. und S S. kauft laufend gegen Barzahlung
**Düsseldorfer Werkzeughandlung** 3504
**Lübeck, Fischstr. 20.**

**Kopfläuse**
nebst Brut, Radikalmittel. Zu haben (3484) bei **Fr. Kröger**, eidigt. Kammerjäger, Alfstr. 3, I.

**Rechnungs-Formulare**
werden hergestellt in der Buchdruckerei
**Friedr. Meyer & Co.,**
Johannisstraße 16.